

# 6 Gründe, warum wir eine linksradikale Antwort auf das Corona-Management der Bundesregierung brauchen

*Resa Ludivine*

Noch Mitte Februar hat die Bundesregierung versucht, die Gefahr der Corona-Pandemie kleinzureden. Der in China schon längst wütende Virus schien noch als ferne Kleinigkeit, eigentlich nur wie eine Grippe. Erstmal Abwarten war die Devise. Ende März sah die Lage dann schon ganz anders aus.

Es folgten zahlreiche Debatten über Wirksamkeit und Unwirksamkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Schulen, Unis und Kitas wurden geschlossen, weite Teile der Bevölkerung fanden sich in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit wieder. Bis Mitte Mai gab es auch in Deutschland starke Einschränkungen wie z.B. die Einschränkung des Versammlungsverbot, die Abriegelung der Außengrenzen sowie die Schließung öffentlicher Einrichtungen.

## **1. Groko ist rassistisch!**

Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, entschied sich auch die BRD, nach langem Zögern, zu einer Art „lockdown-light“. Wo andernorts die Menschen wochenlang nur zum Einkaufen im nächstgelegenen Supermarkt vor die Tür durften und bei Zuwiderhandlung kräftig zur Kasse gebeten wurden (wie bspw. in Frankreich), gab es in Deutschland nur lokal beschränkt harte

„lockdowns“.

Hintergrund dessen war nicht nur der Unmut in der Bevölkerung, sondern auch

Profitinteresse, weswegen es nicht verwundert, dass es zur Aufrechterhaltung

vieler unnötiger Arbeiten kam.

Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten in Deutschland

überproportional häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen. Insbesondere sie

sind es, die nun unter unzureichendem Infektionsschutz und mangelndem

Hygiene-Equipment auf ihren Arbeitsplätzen zu leiden haben. Außerdem sind sie

es, die häufig als erste entlassen werden.

Die Debatte um landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte aus

Osteuropa hat erneut gezeigt, dass im Kapitalismus Profitinteressen mehr als Menschenleben zählen, da die Grenzen unkompliziert für dringend benötigte Arbeitskräfte geöffnet werden konnten, aber schutzbedürftigen Geflüchteten verschlossen blieben. Die schnellen Grenzschließungen im gemeinsamen Block des

„Europas der Freizügigkeit“ zeigen auch, dass sich in der Krise nun doch jeder

Nationalstaat selbst am nächsten ist. Das gilt allerdings auch für die europäischen Außengrenzen. Nicht nur an denen, sondern auch in Lagern für Geflüchtete innerhalb Europas werden die Geflüchteten sich selbst überlassen.

Die schon vorher prekäre Lage verschlimmert sich. Doch wo nicht einmal fließendes Wasser vorhanden ist und Menschen zusammengepfercht leben, müssen

wir weder über Hygienevorschriften noch über „Social-Distancing“ reden.

Ein

gefundenes Fressen für das Virus. Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung für

alle! Portugal hat bewiesen, dass es möglich ist - gleich zu Beginn der Krise

wurde allen Geflüchteten die Staatsbürger\_Innenschaft ermöglicht - damit sie Zugang zum Gesundheitssystem haben. Doch hier in Deutschland fallen weiterhin Menschen aus dem Raster der Gesundheitsmaßnahmen, nicht nur weil sie bspw. auf der Straße leben und ihnen daher der Zugang erschwert ist, sondern auch weil die, in den letzten Wochen so oft betonte Abstandsregelung, eben nur für „Bürger\_Innen 1. Klasse“ gilt. Der Skandal um eine steigende Zahl der Infektionen in Unterbringungen von Arbeiter\_Innen in Schlachthöfen hat das gezeigt. Dasselbe Problem haben wir aber auch in Unterkünften für Geflüchtete.

Gleichzeitig trifft Corona gerade auch viele Krisenregionen außerhalb Europas stark, wo nun Hilfsgüter, allen voran medizinische Hilfen, knapp werden, weil es entweder lieber im eigenen Land genutzt wird oder dem ausgesetzten Transport zum Opfer fallen. Von internationaler Solidarität ist keine Spur. Und wieder einmal zeigt sich die große Schere zwischen imperialistischen Staaten und Halbkolonien sowie deren Abhängigkeit. Ebenso dass die vorher herrschende „Normalität“ nach der so viele in den imperialistischen Staaten rufen, eine „Normalität“ gebaut auf Ausbeutung und Unterdrückung ist. Doch kam die „Normalität“ in Form von „Wiedereröffnung“ der deutschen Wirtschaft bei uns relativ schnell. Dieses Vorgehen gehört zu den kurzfristigen Maßnahmen, um die deutsche Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Gleichzeitig macht das unvorsichtige Vorgehen eine zweite Welle immer wahrscheinlicher. Eine Welle, die in Kauf genommen wird, nur um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

## **2. Groko ist unsozial!**

Seit Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister\_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau

und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung möglichst gering halten zu müssen. Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende: Plötzlich ist massig Geld da und die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe, sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere 130 Milliarden Euro investiert werden, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere Billionen Euro zu diesem Zweck an Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also, dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die Unternehmenskassen zu pumpen. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat dabei die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt

Gerade wenn wir über den deutschen Tellerrand hinaussehen wird das umso klarer. Wer hungern muss und in Schulden gerät auch! Die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung und des kapitalistischen Systems an sich, zeigt sich darin, dass die GroKo nicht einmal den starken Anstieg der

Lebensmittelpreise unter Kontrolle bringen konnte. Im Vergleich zum April 2019 stiegen die Preise um ca. 14%. Bei laufenden Kosten, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit durch Corona ist klar, dass das gerade ärmere Haushalte schwer trifft. Die einmalige 300 Euro Unterstützungszahlung für Familien ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

### **3. Groko ist klimaschädlich!**

Mit der kommenden Wirtschaftskrise, deren Auslöser die Pandemie ist, rollt nun neben der Klimakrise eine weitere Krise auf uns zu. Obwohl es keine Zweifel daran gibt, welchen großen Anteil Autos und Flugzeuge an der Produktion klimaschädlicher Emissionen haben, machte die Groko im Handumdrehen Milliarden für die Automobilindustrie und Luftfahrtkonzerne frei. Die Kaufprämie für E-Autos, die mit dem neuen Konjunkturpaket beschlossen wurde, soll dabei als ökologisches Feigenblatt dienen. Dabei haben diese selber einen extrem hohen Ressourcenverbrauch und es ist nicht bewiesen, dass durch den Kauf eines neuen E-Autos tatsächlich Emissionen eingespart werden. Vielmehr stellt die Kaufprämie eine weitere Finanzspritze für die deutsche Autoindustrie im grünen Schafspelz dar. Auf der anderen Seite wird dann bei wesentlich klimafreundlicheren Fortbewegungsmitteln wie der Bahn nun kräftig gespart, sodass viele Beschäftigte entlassen werden sollen. Überdies nutzt die Groko die Tatsache, dass es durch Corona ein wenig ruhiger um die Umweltbewegung geworden ist, um das neue Steinkohlewerk „Datteln“ ans Netz zu bringen. Bei all dem, was uns in den Monaten zuvor über den Kohleausstieg erzählt wurde, ist das nun der Gipfel der Dreistigkeit. Unter dem Vorwand „die Wirtschaft zu retten“ werden also die kleinen ökologischen Fortschritte, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben, wieder rückgängig gemacht.

### **4. Groko ist sexistisch und jugendfeindlich!**

Zu den sozialen, langfristigen Folgen, für die sich die Groko nicht interessiert, gehört auch der Backlash den derzeit Frauen\* in der BRD erleben müssen. Die Krise hat gezeigt, dass gerade sie an vorderster Front belastet sind, weil sie in systemrelevanten Jobs für wenig Geld schufteten und

gleichzeitig noch die Reproduktionsarbeit daheim organisieren. In Heimarbeit wurden sie zurückgedrängt in ein Frauenbild der 50er Jahre. Klar ist, dass bei Entlassungen im Betrieb gerade sie betroffen sein werden. Nebenbei ist auch die Zahl häuslicher Gewalt gegenüber Frauen und Kindern nicht nur in Deutschland gestiegen.

Parallel dazu ist auch die Jugend stark getroffen, müssen wir doch um unseren Eintritt in den Arbeitsmarkt nach Ausbildung oder Studium bangen, um auf eigenen Beinen zu stehen. Noch fataler sieht die Lage bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus. Das Homeschooling hat Bildungslücken aufgerissen, die gerade für Kinder aus ärmeren Familien nicht zu schließen sein werden. Zu Hause müssen wir häufiger größere Anteile der Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber\_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir die, die als erste wieder zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser\_E Chef\_In trotzdem nicht zahlen.

## **5. Groko hat keinen Plan!**

Das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung zeichnet sich durch ein starkes Hin- und Her-Schwanken aus. Mal wird alles heruntergespielt, dann werden vergleichsweise radikale Maßnahmen getroffen und dann wird wieder versucht alles schnell rückgängig zu machen. Grund dafür sind unter anderem die gespaltenen Kapitalinteressen der einzelnen Sektoren, die zum Teil noch angefeuert wurden durch den deutschen Föderalismus, der ein

einheitliches Handeln noch weiter erschwert. Hierbei hat die GroKo noch Glück im Unglück, dass ihre Maßnahmen auf ein Gesundheitssystem treffen, dass nicht ganz so massiv wie in Großbritannien oder den USA heruntergespart wurde. Ihr Beitrag daran, dass die Maßnahmen erfolgreich erscheinen, ist demnach nur gering. Man darf sie daher nicht daran messen, sondern daran, wie sie mit den wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung umgeht. Hier zeichnete sich bereits kurz nach den pandemiebedingten Schließungen ihre Inkompetenz ab, für das Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung zu entscheiden. Nicht nur die Stimmen der Coronaleugner\_Innen wurde immer lauter, auch die der Schlüsselindustrien, des Einzelhandels, des Gaststättengewerbes und weiterer Lobbygruppen, bis sie sich ihren Wünschen schließlich beugten. Besonders sticht heraus wie die einzelnen Bundesländer wetteiferten, ihre eigenen Kapitalinteressen zu befriedigen und die Entscheidungen der Bundesregierung dafür regelrecht untergraben wurden. Ein weiterer Grund für den Zickzack-Kurs der GroKo ist der internationale Wettbewerb zwischen den einzelnen Kapitalen. Wer die Wirtschaft zu erst wieder hochfährt steht auch besser in der Konkurrenz da und kann neue Marktanteile erobern. Das Wettrennen um Marktanteile sowie einen Impfstoff ist noch in vollem Gange.

## **6. Die „linke Opposition“ kuschelt lieber mit den Kapitalist\_Innen anstatt Widerstand aufzubauen!**

Dass selbst in der Krise nicht schnell gemeinsame Maßnahmen ergriffen wurden, zeigt die Schwäche der GroKo. Dass anstelle dieser Situation

auszunutzen sich für den nationalen Schulterschluss entschieden wurde, zeigt

hingegen die Schwäche der Sozialdemokratie, allen voran der Gewerkschaften.

Dieser Burgfrieden, der sich im Zuge der Krise formiert hat (sprich: alle Parteien arbeiten Hand in Hand mit Kapital und die Gewerkschaften schweigen)

geschieht angeblich im Sinne der „Bevölkerung“. Jedoch ist es keine Politik im

Sinne der Arbeiter\_Innenklasse! Anstelle dass sie und auch die Linkspartei alles kritiklos mittragen, hätten sie eine Opposition bilden müssen. Gegen die Massenentlassungen, gegen ein (im europäischen Vergleich geringes) Kurzarbeiter\_Innengeld, gegen die Aufrechterhaltung unnötiger Arbeit!

Die Krise hat einmal mehr die Schwächen des kapitalistischen Systems entlarvt, denn es kann nicht effizient die Pandemie bekämpfen und gleichzeitig die Wirtschaft retten. Jetzt ist der Zeitpunkt genau dies aufzuzeigen und die Arbeiter\_Innen gegen die „Krisenpolitik“ der GroKo zu organisieren. Doch diese Intention war bei den Reformist\_Innen nie vorhanden und man schaut lieber weiter schweigend zu, während die CDU am meisten vom Burgfrieden der Linken profitiert. Sie versucht sich als „Partei der Vernunft“ zu inszenieren und greift parallel dazu Arbeitszeitregelungen sowie den lang erkämpften und immer noch zu niedrigen Mindestlohn an, indem sie ihn nicht an die Inflation anpassen will. Solange die Politik des Burgfriedens von Linken, SPD und Gewerkschaften weiterverfolgt wird, wird sich die soziale Ungleichheit weiter zuspitzen.

Wenn wir den Rechten die Rolle der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir also jetzt eine globale und klassenkämpferische Antikrisenbewegung, die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf die Straßen trägt. Und diese Antikrisenbewegung beginnt da, wo die Krise ist - im überlasteten Krankenhaus, in der Schule oder in den Fabriken, die unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen die Gesundheit der Arbeiter\_Innen

auf Spiel setzt. Gemeinsam mit Mitschüler\_Innen, Kommiliton\_Innen und Kolleg\_Innen muss Vorort eine Opposition aufgebaut werden. Diese lokalen Komitees können dann Widerstand organisieren, bspw. wenn die 2. Welle kommt, können sie durch Streiks die Werks- und Schulschließungen erzwingen. An SPD, Linke und Gewerkschaften kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter\_Innenklasse zählt zu ihren Mitgliedern. Doch um aktiven Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen Arschtritt! Lasst uns Aktionskonferenzen starten, an denen wir alle gemeinsam über ein Programm und Aktionen diskutieren, die eine unabhängige Stimme der Unterdrückten darstellen und aus der Krise führen können. Dabei müssen wir den Anschluss an bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus in unser Aktionsprogramm integrieren.

Als Kommunist\_Innen treten wir innerhalb dessen für eine sozialistische Perspektive ein. Das heißt, dass wir die Produktion unter Arbeiter\_Innenkontrolle organisieren müssen. Denn nur so entkoppeln wir die Produktion von Profitinteressen, die nicht nur sicheren Arbeitsbedingungen, sondern auch bedarfsorientierter Produktion und Innovation - denken wir an den Impfstoff - entgegenstehen. Ein dauerhafter Sieg sowohl über die pandemische, sowie auch die kapitalistische Krise kann nur die fundamentale Veränderung des Systems sein. Fest steht, dass im Sozialismus die Möglichkeiten zur

Bekämpfung

der Krise nicht dort enden, wo die Kapitalinteressen anfangen. Auch der Profitdruck fällt weg. Es wäre demnach viel einfacher, systemirrelevante Betriebe zeitweise zu schließen, sowie die Produktion so umzustellen, dass notwendige Produkte vermehrt hergestellt werden.

---

# Kommunist\_Innen                      gucken Netflix: Élite

In unserer Serie „Kommunist\_Innen gucken Netflix“ diskutieren wir aktuelle Filme und Serien aus kommunistischer Perspektive. Im aktuellen Teil beschäftigen wir uns mit der Netflix-Serie **Élite**.

*Yuna Hibbelig*

„Wenn drei Teenager der Arbeiterklasse eine exklusive Privatschule in Spanien besuchen, führt der Konflikt zwischen ihnen und den wohlhabenden Schülern zu Mord.“ So wird die spanische Serie „Élite“ auf Netflix beworben. Das ist uns natürlich sofort ins Auge gefallen. In der Serie dreht sich alles um die elitäre, spanische Privatschule „Las Encinas“, an der sich die reichen Kinder der Stadtelite aufhalten (daher kommt auch der Name der Serie). Da die weniger elitäre Schule für die ärmere Bevölkerung „San Esteban“ aufgrund der Sparmaßnahmen der Investor\*innen im Brandschutz abgebrannt ist, haben drei Schüler\*innen als Ausgleich oder besser gesagt zur Imageaufbesserung der Versicherungsfirma Stipendien für „Las Encinas“ bekommen - Samuel, Nadia und Christian. Diese drei Jugendlichen sind die besagten „Teenager aus der

Arbeiterklasse“.

In den ersten zwei Staffeln wird der Mord an einer Mitschülerin behandelt, was dazu geführt hat und wer der\*die Täter\*in ist – aber das wollen wir euch nicht spoilern. In der dritten Staffel wird dann mit dem\*der Täter\*in und dessen ausbleibender Strafe umgegangen. Dazu gehören natürlich auch noch viele Romanzen, Intrigen und natürlich ganz viel Drama!

Die anderen Schüler\*innen von „Las Encinas“ begegnen den Schüler\*innen aus der Unterschicht gegenüber sehr feindlich und grenzen sie stark aus. Im Unterricht und während fast jedem Dialog werden dadurch auf die Klassenunterschiede aufmerksam gemacht: So betonen die elitären und reicheren Schüler\*innen oft das andere Verhalten und den anderen Stil der neuen Schüler\*innen, sagen ihnen nach, weniger zivilisiert oder dümmer zu sein und als einziges Ziel zu haben, ihnen ihr liebes Geld zu stehlen. Nadia wird außerdem für ihre Religion negativ angefeindet. Sie ist Muslima und trägt ein Kopftuch. So wird auf die verschiedenen Aspekte elitärer Haltungen, auf die immer präsente Schere zwischen arm und reich und die offen bestehenden Unterschiede aufmerksam gemacht und diese den Zuschauenden vor Augen geführt werden. Grundsätzlich bleibt es bis zum Ende der Serie ein Trend, die prekären und erschwerten Bedingungen in- und außerhalb der Schule für Samuel, Nadia und Christian hervorzuheben.

### **Arbeiter\*Innenklasse oder Unterschicht?**

Wenngleich Netflix die ökonomischen Umstände von Nadia,

Samuel und Christian als Arbeiter\*Innenklasse beschreibt, scheint das keine sehr ausführliche Auseinandersetzung mit den Klassenunterschieden zu sein. Über

Christians Klassenhintergrund erfahren wir erstmal keine weiteren Details, nur

dass er aus derselben maroden Schule wie Nadia und Samuel kommt. Samuels Mutter

ist Arbeiterin (und teilweise ist sie auch arbeitslos), muss also ihre Arbeitskraft verkaufen, um das Überleben der Familie zu sichern. Auch Samuel

und Nano (Samuels Bruder) müssen sehen, wie sie Geld verdienen können. Samuel

arbeitet deswegen als Kellner, Pizzalieferant und später auch als Drogendealer,

Nano beginnt gleich mit dem Drogenhandel. Diese Familie gehört also der Arbeiter\*innenklasse an, da sie kein Eigentum an Produktionsmitteln besitzt und

kein Kapital, somit dem Zwang des Verkaufs der Ware Arbeitskraft unterlegen ist.

Auch Nadias Familie wird als Teil der Arbeiter\*innenklasse dargestellt. Jedoch

ist das aus marxistischer Sicht nicht korrekt, denn ihre Eltern besitzen einen kleinen Laden. Mal abgesehen davon, dass das sehr klischeehaft für eine migrantische Familie ist, besitzen sie somit ihre Produktionsmittel. Sie sind also ein Teil des Kleinbürger\*innentums. Natürlich müssen sie trotzdem schuften

und sind keinesfalls reich, müssen sich also weiterhin selbst ausbeuten, da sie

keine Angestellten haben. Aber aufgrund des Besitzes der Produktionsmittel sind

sie nicht Teil der Arbeiter\*Innenklasse. Natürlich kann auch das Kleinbürger\*innentum

Teil der Unterschicht sein und es kann jederzeit in die Arbeiter\*innenklasse absteigen oder in die Kapitalisten\*Innenklasse (die besitzende Klasse)

aufsteigen. Wahrscheinlicher ist jedoch Ersteres. Insgesamt freuen wir uns

natürlich, wenn eine populäre Seite wie Netflix den Klassenbegriff mit Serien popularisiert, aber wenn, dann sollten sie es richtig machen!

Die Schüler\*innen der „Unterschicht“ versuchen sich wiederholt den anderen Schüler\*innen anzupassen, indem sie auf die gleichen Partys gehen, sich den Ritualen anschließen und auch in der Schule anpassen. In der Schule wird außerdem viel Leistungsdruck und Konkurrenz dargestellt, denn die Schule hat ein besonderes Bewertungssystem, wodurch es nur eine beste Note in der Klasse geben kann (das ist sehr kompliziert, aber der wichtige Punkt für euch Leser\*innen ist, dass es für viel Konkurrenz sorgt und, dass nicht jede/jeder bestehen kann) - also versuchen sich die Schüler\*innen, vor allem Nadia, noch extremer als in einer normalen Schule außerhalb des Serien-Universums anzupassen und ihre gesamte Energie in die Schularbeit zu investieren. Aber nicht nur in Sachen Leistung, sondern auch in Sachen Aussehen und Verhalten, wie eben Partys, Alkohol und Sex, verändern Nadia, Samuel und Christian ihr Verhalten - Nadia, die streng gläubig ist, fängt an, ihr Kopftuch abzulegen und Alkohol zu trinken. Christian geht eine Beziehung ein, um finanziell davon zu profitieren. Samuel, der eigentlich sehr stark gegen Drogen ist, fängt an zu dealen, um seine Familie finanziell stützen zu können. Das drückt den Zwang aus, sich der Elite (!! ) anzunähern und eben genauso wie sie zu sein. In diesem Verhalten werden Standards aus unserer heutigen Gesellschaft widerspiegelt, einer uns vorgegaukelten „perfekten Welt“ zu folgen und uns ihr um jeden Preis anpassen zu müssen, um zu dem 1%, den reichen Leuten,

Models, Entrepreneuren und Erfindern, kurz, der **Elite**, dazugehören.

Auch hinsichtlich der Justiz kann noch einmal die Frage der Klasseunterschiede aufgemacht werden. Die arme Person, die verdächtigt wird, kommt sofort ins Gefängnis, während die reiche Person, welche verdächtigt wird, keine Konsequenz, weder hinsichtlich der Schule noch hinsichtlich des Staates, zu fürchten hat. Das liegt daran, dass die Eltern dieser Person mit Korruption die Schulleitung bestechen können und sich um einen guten Rechtsbeistand kümmern. In der echten Welt findet man es auch immer wieder, dass aufgrund des Vermögens doch nicht jede\*r vor dem Gesetz gleich ist.

Die Serie zehrt sehr von diesem interessanten Zusammenstoß der Lebenswelten zwischen Ober- und Unterschicht und das bekommt dadurch eine besondere Brisanz, dass das in der kapitalistischen Welt tatsächlich eher selten passiert, wenn es tatsächlich um die ganzen obersten Prozent geht und der Arbeiter\*innenklasse, es sei denn, man ist nun mal angestellt. Man besucht unterschiedliche Schulen, hat unterschiedliche Hobbies, Werte, Sprache und Lebensstil gehen weit auseinander. Je weiter die Schere in den Vermögen auseinandergeht, desto weiter schotten sich auch die Lebenswelten voneinander ab.

## **Weitreichende**

### **Darstellung von Sexualität oder unterschwelliger Sexismus?**

In unserer heutigen Welt wird auch der Umgang mit Sexualität und Geschlecht zum Glück immer offener. Und darin versucht die Serie natürlich

auch, sich dem anzupassen. Vor allem unter den Männern gibt es einen sehr offenen Umgang, viele erforschen ihre Sexualität, sind homosexuell, bisexuell oder haben eine andere Sexualität neben Heterosexualität. Und diese Repräsentation ist echt gut, denn die meisten queeren, männlichen Beziehungen sind darin nicht exklusiv auf das Sexuelle fokussiert, sondern thematisieren auch emotionale Probleme. Das ist übrigens vor allem bei Männern cool, die dadurch nicht nur sexuell, sondern auch emotional und reflektiert dargestellt werden, was seltener vorkommt. Doch das große ABER... leider gibt es die gleiche Offenheit und Darstellung für die Frauen in der Serie nicht. Es gibt keine queeren Paare, die einzige LGBTQ\* Repräsentation für Frauen ist, wenn Rebeca (ein Charakter der zweiten und dritten Staffel) sagt, dass sie Carla „heiß“ findet, woraufhin ihr Gesprächspartner sie freundlich darauf aufmerksam macht, dass alle Carla „heiß“ finden. Außerdem sind viele der heterosexuellen Beziehungen sehr auf Sexualität bezogen, Frauen werden als Sexobjekte dargestellt, die attraktiv sind und mit denen man Sex haben kann, tiefergehend sind diese Beziehungen aber kaum und auch ansonsten eher toxisch. Generell wirken dabei die meisten Frauen relativ eindimensional. Es gibt viele Charaktere, die zwar sympathisch aber etwas zickig, oder sympathisch, aber etwas verklemmt usw. sind. Es gibt also nicht besonders ausgearbeitete, weibliche Charaktere, hier gibt es kaum character development. Die meisten waren zwar doch irgendwie sympathisch, aber es war eben meistens leicht vorhersehbar, wie sich die weiblichen Charaktere als nächstes verhalten. Um ihnen aber etwas zugute zu lassen, war kein Charakter so sehr übertrieben, dass es komplett unmöglich war, sich echte Menschen, die so agieren, vorzustellen. Man kann meistens etwas

Sympathisches

finden oder sich in die Charaktere hineinversetzten und, obwohl es sich hauptsächlich um reiche, spießige Kinder handelt, sind die Rollen und Dialoge

nicht komplett abwegig und unmöglich geschrieben.

Wie bei vielen anderen Serien auch, werden in Elite

natürlich auch ein paar unrealistische Körperstandards aufgeworfen. So gibt es

zwar was Hautfarbe angeht relativ viel Vielfalt, aber jeder einzelne Charakter sieht aus, als wäre er\*sie einem Fashion Magazin entsprungen, mit dem

„perfekten Sixpack“ und natürlich sind alle Frauen schlank und perfekt

geschminkt. Bei einer anderen Netflix Serie namens „Stranger Things“ wurde das

deutlich besser umgesetzt, hier werden Jugendliche auch von Jugendlichen und

nicht von Erwachsenen gespielt, welche wie Topmodels aussehen. Eine vielfältige

Besetzung auch hinsichtlich Schönheitsideale und Körperbilder ist ebenfalls

wichtig um Zuschauer\*Innen kein unrealistisches Bild zu vermitteln, was sie selber

und ihr Selbstbild unter Druck setzt. Das gilt besonders für weibliche Personen.

### **Trigger Warnungen?**

**Ja, bitte!**

Um zurück zu einem etwas ernsterem Punkt zu kommen. In der

Serie geht es vorwiegend um Mord. Dementsprechend gibt es auch ein paar sehr

blutige oder morbide Szenen. Daneben werden Themen wie Krebserkrankungen,

Depressionen, Drogenabhängigkeit (inklusive Überdosis und allem Drum und Dran)

und sogar Suizid und sexuelle Belästigung angeschnitten. Während das wichtige

und spannende Themen sind, die meistens ernst genommen und auch ernsthaft dargestellt werden, gibt es leider nirgendwo Trigger Warnungen, sodass einem diese Bilder und Gespräche vollkommen ohne Vorwarnung entgegenkommen und man sich schnell unwohl oder sogar getriggert fühlen kann. Das ist natürlich schade, denn es dürfte für einigen Zuschauer\*innen echt unangenehm werden und wäre etwas fairer, ihnen damit positiv entgegenzukommen. Bei der Netflix Serie „13 Reasons Why“ wurden ebenfalls Trigger Warnungen (allerdings auch erst nach er Veröffentlichung und entsprechender Kritik) eingefügt. Das sollte bei Elite ebenfalls überdacht werden.

## **Fazit**

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Serie auf jeden Fall sehr unterhaltsam ist und es spannend ist, die Intrigen nachzuverfolgen und bei den ganzen Dramen mitzufiebern. Positiv hervorgehoben werden muss auf jeden Fall der offene Umgang mit Sexualität und Sex an sich. Auch der Leistungsdruck an Schulen, und vor allem an solchen Privatschulen, wird sehr spannend behandelt. Die Darstellung der Spaltung zwischen Ober- und Unterschicht war für uns natürlich interessant und während Nadia, Samuel und Christian zwar nicht eine besonders akkurate Repräsentation der Arbeiter\*innenklasse sind und Nadia auch nicht wirklich zur Arbeiter\*innenklasse gehört, werden doch die Schwierigkeiten mit Geld und die offene Abgrenzung zur oberen Schicht sehr gut aufgezeigt. Leider fehlt bei manchen Frauen eine positivere Darstellung ihres Charakters, ihrer Persönlichkeit und ihres Verhaltens.

Als letztes fehlt aus unserer Sicht auch der kämpferische Aspekt. Denn die Problemlösungen in der Serie sind wiederholt selbstorientiert und nicht auf das Wohl aller gerichtet. Obwohl einige elitäre Charaktere sich ihrer Rolle bewusst sind und mit positivem Beispiel als selbsternannte Helden mit Wohltätigkeitsaktionen und Spenden- oder Benefizveranstaltungen voranschreiten, ändern sie nichts daran. Die Benefizveranstaltungen gelten auch eher der Imageaufbesserung, als wirklich eine Hilfe zu sein, was in einigen Dialogen und Gesprächen etwas angeschnitten wird. Leider ändern auch die Jugendlichen aus der Arbeiter\*innenklasse nicht wirklich etwas an der Situation, außer sich um jeden Preis an die elitären Jugendlichen anpassen zu wollen. Gerade die erlebte Abfälligkeit und die himmelschreiende Ungerechtigkeit hätte sie dahingehend politisieren können, dass sie gegen das Klassensystem ankämpfen wollen. Trotz dessen bleibt die Serie sehenswertes, politisch angehauchtes Entertainment voll von Romanzen, Intrigen und Drama!

---

# **Warum Rassismus und Polizei nicht voneinander zu trennen sind**

*Jonathan Frühling*

Der Mord an George Floyd erschütterte die Welt und führte zu massiven Protesten gegen Rassismus und Polizeigewalt. International fanden Demonstrationen in Solidarität mit den rassistisch Unterdrückten in den USA statt, jedoch verbanden die Protestierenden ihre Forderungen auch mit lokalen Themen. Den Menschen wird international immer klarer, dass die Arbeit der Polizei maßgeblich für die Reproduktion und Institutionalisierung von Rassismus verantwortlich ist. Mit institutionellem Rassismus ist ein Rassismus gemeint, der strukturell und gemeinschaftlich von Institutionen durch Anordnungen und Praktiken reproduziert wird.

Die Funktion der Polizei wurde in Deutschland mit dem sogenannten Kreuzbergurteil von 1882 eindeutig als die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung definiert. Mit „Ordnung“ ist vor allem der Privatbesitz an Produktionsmitteln und die Ausbeutung der Arbeiter\_Innenklasse und Unterdrückung der nicht-weißen Bevölkerung gemeint, die unsere heutige kapitalistische Gesellschaft prägen. Zu Beginn war die Polizei hauptsächlich für die Niederschlagung von Arbeiter\_Innenunruhen, wie z.B. Streiks, oder Aufständen von anderen Unterdrückten zuständig. Sie hatte also von Anfang an eine klassenpolitische Ausrichtung.

## **Polizei und Rassismus**

Eine Studie von der Europäischen Grundrechtsagentur aus 2010 besagt, dass in Deutschland fast doppelt so häufig Personen mit türkischem oder ex-jugoslawischen Migrationshintergrund kontrolliert werden wie die durchschnittliche Bevölkerung. Bei solchen Personenkontrollen ist die Polizei auf Oberflächlichkeiten angewiesen und dementsprechend kommt ein rassistisches Bewusstsein hier sehr zu tragen und wird sogar Vorschub geleistet, man bezeichnet dies als „Racial Profiling“ und wird später noch genauer besprochen. Nicht nur bei Kontrollen, sondern allgemein kommt es sehr auf das Bewusstsein der einzelnen Beamt\_in an, wie sie/er auf der Straße vorgeht. Damit ist auch gemeint, wie genau Gesetze ausgelegt, bzw. inwiefern sie bewusst überschritten werden, wen sie kontrolliert oder wie sie

People of Colour behandelt.

Seit Marx wissen

wir, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein eines Menschen prägt.

Es

wird also durch die soziale Stellung und die gesellschaftlichen

Rahmenbedingungen gebildet. Wir müssen uns außerdem anschauen, was die Polizei

praktisch auf der Straße tut, um bestimmen zu können, welches Bewusstsein sie

hat.

In unserer heutigen Gesellschaft herrscht eine rassistische Ideologie vor.

Grundlage dafür sind teilweise die Mechanismen des Kapitalismus, dass wer arm ist, arm bleibt und dass oftmals Migrant\_innen davon betroffen sind.

Teilweise aber auch der Wille des Kapitals, die Bevölkerung anhand von ethnischen, religiösen und nationalen Unterschieden zu spalten, um so ihre eigene Herrschaft zu sichern. Die tatsächliche Teilung der Gesellschaft auf Grundlage von ökonomischen Klassen wird somit verschleiert. Um es knackig zu sagen: Eine entlassene Person wird nicht gegen die Firmenleitung protestieren, wenn sie für die Entlassung „die Ausländer“ verantwortlich macht.

In diesem Sinn sind auch z.B. die Aushebelung des Asylrechts

und die rassistische Hetze durch alle bürgerlichen Parteien zu verstehen. Die Gesetzesverschärfungen werden mal eben mit der rassistischen Aussage erklärt,

dass man sich damit gegen die Massen an Terrorist\_innen unter den Flüchtenden

schütze. Und mit der islamophoben These, dass der Islam das Hauptproblem Deutschlands sei, lässt sich auch insgesamt von den katastrophalen Auswirkungen

der kapitalistische Politik Deutschlands ablenken und Kriege wie in Afghanistan, Syrien und Mali rechtfertigen.

Die Polizei hat dabei direkt die Funktion die rassistische Regierungspolitik

in die Tat umzusetzen. Sie schließt die Grenzen, greift „illegale“ Migrant\_Innen auf und führt Abschiebungen durch. Sie ist also direkt mit der Aufgabe betraut, gegen den rassifizierte(n) Feind vorzugehen. Die Polizei ist deshalb in ihrer Funktion, ihrem Denken und Handeln einer der extremsten Ausdrücke dieser Politik. Das rassistische Bewusstsein materialisiert sich so bei der Polizei in einer verschärften Form. Menschen, die damit ein Problem hätten, werden auch nicht zur Polizei gehen wollen, sodass man vor allem autoritäre und ohnehin rechte Personen anzieht. Für hohe Polizeibeamt\_Innen, die mit ihren Handlungen das Bewusstsein des Apparates durchdringen, gilt dies in besonderem Maße.

## **Polizei und Rassismus in den USA**

Auch bei der Betrachtung der Geschichte der Polizei in den USA, wird ihre Funktion in der Gesellschaft augenscheinlich. Die Wirtschaft der Südstaaten basierte bis zur Aufhebung der Sklaverei 1865 auf der Ausbeutung von Sklavenarbeit. Im 17. und 18. Jahrhundert begannen die Regierungen damit, sogenannte Sklavenpatrouillen einzurichten. Diese sollten die versklavte Bevölkerung in Unterdrückung halten und notfalls Aufstände niederschlagen. Ihre Aufgabe war also schlicht und ergreifend, die Vorherrschaft der weißen Bevölkerung aufrechtzuerhalten. Nach dem Ende des Bürger\_Innenkrieges 1865 wurden diese Milizen in die offiziellen Polizeiorgane überführt. Deren ideologisches Vermächtnis besteht bis heute in der modernen US-amerikanischen Polizei fort.

Der Mord an Floyd George war deshalb auch kein Einzelfall. Wenn ein Bulle am helllichten Tage und vor laufender Kamera einen Menschen kaltblütig ermordet, dann muss er sich sehr sicher sein, dass Richter und Staatsanwälte

ein derartiges Verhalten decken. Tatsächlich landen in den USA nach einer Tötung durch die Polizei nur 4 von 400 Polizist\_Innen vor Gericht, nur eine Person davon wird verurteilt.

Das rassistische Polizei- und Justizsystem führt dazu, dass schwarze Menschen prozentual doppelt so oft wie alle anderen Teile der Gesellschaft eingesperrt werden. Dadurch erfahren sie zusätzliche gesellschaftliche Diskriminierung. Zudem verringert sich so die Chance, in Freiheit wieder einen Job zu bekommen. Es gibt sogar Bundesstaaten in den USA, die ehemaligen Sträflingen lebenslang das Wahlrecht verwehrt.

In vielen Städten in den USA ist die schwarze Bevölkerung in Viertel zusammengedrängt, in denen fast ausschließlich schwarze Menschen wohnen. Die USA ist bis heute ein stark segregiertes Land (Schlagwort: Redlining). Da die schwarze Bevölkerung ökonomisch benachteiligt ist, sind diese Viertel verarmt. Drogenabhängigkeit, Kriminalität und andere soziale Verwerfungen sind Begleiterscheinungen dieser Umstände. In den entsprechenden Viertel führt sich die Polizei eher wie eine Besatzungsmacht, denn als „normale“ Polizei auf. Hier muss sie sich für rassistisches Vorgehen besonders wenig rechtfertigen und nutzt das auch vollständig aus.

Dass es heute in die USA auch Polizist\_Innen of colour gibt, ändert nichts an dem Charakter der Polizei. Zudem übernehmen Polizist\_Innen of colour rassistische Verhaltensweise und führen nachweislich genauso oft Racial Profiling durch. Die Existenz von Polizist\_Innen of colour spiegelt nur die Integration Teile der kleinbürgerlicher schwarzen Community in den bürgerlichen Staat wieder, vor allem vermittelt durch die Demokratische Partei. An dem Rassismus in den USA hat der schwarze Präsident Obama von der Demokratischen Partei übrigens auch rein gar nichts geändert

## **Racial-Profiling**

Mit Racial-Profiling sind staatliche Maßnahmen gemeint, bei denen als Opfer gezielt People of Colour ausgewählt werden. Der Begriff meint sich jedoch nicht nur Kontrollen, sondern bezieht auch rassistische Wahrnehmungs- und Ermittlungsperspektiven mit ein. Richter, Staatsanwälte und die Presse nutzten Racial Profiling ebenfalls, um Rassismus zu institutionalisieren.

Die rechtliche

Grundlage für Racial Profiling auf der Straße ist das Werkzeug der „verdachtsunabhängigen“

Kontrollen. Zwar darf die Hautfarbe offiziell nicht als Grund für eine Kontrolle angegeben werden, doch wer kontrolliert wird und was letztlich in dem

Polizeibericht steht, entscheidet der/die einzelne Beamte\_in (bzw. deren rassistisches Bewusstsein).

Racial Profiling

nehmen bei der Reproduktion des strukturellen und institutionalisierten Rassismus eine sehr wichtige Funktion ein. Zum einen setzen sie People of Colour massiv unter Druck, die sich der Schikane der Kontrolle hingeben müssen

und sich nirgendwo vor der Polizei sicher fühlen können. Zudem ist die Gefahr

z.B. mit einer geringen Menge Cannabis erwischt zu werden, dadurch natürlich

für diese Menschen deutlich höher. Dies kann den Verlust des Führerscheins und

damit des Jobs zur Folge haben. Zudem suggeriert Racial Profiling Passanten,

dass von People of Colour eine höhere Gefahr ausgeht. So reproduziert Racial

Profiling Rassismus in der gesamten Gesellschaft.

Die ständige

Verfolgung, öffentliche Demütigung und Bloßstellung können zudem zu psychischen

Schäden, wie Depressionen und/oder Verfolgungswahn führen. Darüber

hinaus

schränkt Racial Profiling die Bewegungsfreiheit von People of Colour und damit

ihre gesellschaftliche Teilhabe ein. Auch die Zeit, die die Kontrollen kosten und die Termine, die sie dabei möglicherweise verpassen, sind ein starke Einschränkung für sie.

Gegen Racial

Profiling gerichtlich vorzugehen ist wenig sinnvoll. Polizist\_Innen decken sich dabei immer gegenseitig und die (zumeist weißen) Richter und Staatsanwälte decken die Polizei. Letztlich sind nämlich alle diese Instanzen Akteure desselben rassistischen Systems. Deshalb ist ein Vorgehen gegen die Polizei mittels der Gerichte auch allgemein faktisch unmöglich. Zudem kann es zu Gegenanzeigen durch die Polizei kommen, weshalb der/die Kläger\_In oft selbst

auf der Anklagebank landet und abgeurteilt wird.

Will man etwas gegen

Racial Profiling tun, dann sollte man nach Situationen des Racial Profilings Ausschau

halten und den Vorgang sichtbar beobachten. Dies übt Druck auf die handelnden

Beamten aus, wie einige selbst vor Gericht angaben. Eine verbale Einmischung, z.B. mit der Frage:

„Wieso wird diese Person kontrolliert?“, kann diesen Druck erhöhen und die polizeiliche Arbeit behindern. Auch das Filmen oder vermeintliche Filme kann

dabei helfen, der Polizei ihr rassistisches Gebaren unangenehm zu machen.

## **Polizei, Grenzen und Geflüchtete**

Wie bereits erwähnt ist die Polizei das Werkzeug, mit dem der Staat ihre rassistische Abschottungspolitik umsetzt. Nationale Polizeikräfte organisieren sich in der europäischen Grenzschutzorganisation Frontex. Diese setzt mit ihren Maßnahmen das theoretisch geltende Asylrecht fast vollständig außer Kraft. Sie sorgen dafür, dass Menschen, die vor Krieg und

Armut fliehen, als feindliche Invasoren gebrandmarkt werden. Legitimiert wird diese Politik mit dem angeblichen Schutz unserer Kultur und dem Kampf gegen Terrorismus. Diese Rechtfertigungen triefen vor offenen rassistischen Lügen.

Doch auch national wird die Polizei für die Abschottungspolitik eingesetzt. Sie überwacht z.B. die nationalen Grenzen und kann Menschen willkürlich an der Einreise hindern. Zudem führt sie Abschiebungen aus und fliegt dabei auch Länder, wie Afghanistan an. Im Inland setzt sie Residenzpflichten durch, die aus dem rassistischen Asylgesetz resultieren.

### **Forderungen im Kampf gegen die Polizei**

Im Kampf gegen das rassistische Repressionsorgan Polizei stellen wir folgende Forderungen auf:

- Defund the police! Keine Finanzierung der Polizei. Das Geld brauchen wir für Sozialleistungen, Bildung oder sozialen Wohnungsbau!
- Keine Militarisierung der Polizei. Sofortige Entwaffnung der Polizei, vor allem, was Taser, Maschinenpistolen und Handgranaten angeht!
- Schränkt den Handlungsraum der Polizei ein: Keine verdachtsunabhängige Kontrollen, kein Begriffe, wie „drohenden Gefahr“, keine Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren!
- Keine Massenüberwachung z.B. durch Vorratsdatenspeicherung, Bundestrojaner, Videoüberwachung!
- Kein Racial Profiling! Hartes Aburteilen von Bullen, die Racial Profiling anwenden!
- Organisiert militanten Selbstschutz:

Niemand beschützt uns vor den Angriffen von Sexist\_Innen,  
Rassist\_Innen, Faschos  
(und der Polizei), das müssen wir schon selber tun!

- Für eine Zerschlagung des  
Polizeiapparates und des Gewaltmonopols des bürgerlichen Staates!  
Für die Ersetzung  
dessen durch bewaffnete Verteidigungsstrukturen der  
Lohnabhängigen,  
Jugendlichen, Frauen, LGBTIA und Migrant\_innen, die demokratisch  
kontrolliert  
sowie wähl- und abwählbar sind!
- 

# **Zwischen Entmündigung und Sparzwang: Jugendwohnen in Zeiten der Pandemie**

## **Eine betroffene Genossin berichtet**

Im Frühjahr 2017 wurde ich  
von dem für mich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Seitdem lebte  
ich  
drei Jahre lang in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Ich entschied mich  
damals  
selbst, in Obhut genommen zu werden, um meinem Elternhaus zu  
entkommen. Während  
ich in diesem Hilfesystem lebte, lernte ich dessen Stärken, aber vor allem  
auch  
dessen Schwächen kennen. Im Grunde soll es Jugendliche dabei

unterstützen, in  
ihr selbständiges Leben zu starten. Dabei stehen aber leider weniger die  
Entwicklung und Bedürfnisse der Jugendlichen im Vordergrund, sondern  
eher die  
Kostenminimierung und die traditionelle Hoheit der Familie. In Zeiten der  
Corona- und Wirtschaftskrise verstärkt sich dieser Zustand zunehmend, wie  
ich  
am eigenen Leib spüren musste.

Bereits bevor ich in die Jugendhilfe  
aufgenommen worden bin, merkte ich, welchen Stellenwert ich für das  
Jugendamt  
hatte. Erst nachdem zwei voneinander unabhängige Therapeutinnen und  
zwei  
voneinander unabhängige Sozialarbeiterinnen sich mit der Bitte, mich dabei  
zu  
unterstützen, mein Elternhaus zu verlassen, an das Jugendamt wandten und  
meine  
Eltern jegliche Zusammenarbeit verweigerten, wurde ich in Obhut  
genommen. Aber  
selbst dann war alles noch abhängig von der Unterschrift meiner Eltern.  
Diese  
mussten der Hilfe für mich zustimmen und auch einen Teil, gemessen an  
ihrem  
Einkommen, davon bezahlen. Im Endeffekt mussten sie von einem  
Familiengericht  
zur Unterschrift gezwungen werden. Da zeigt sich bereits, dass der die  
Jugendliche kaum als mündiges Individuum betrachtet wird, sondern eher als  
Besitztum der Eltern. Auch, dass die Familie als Institution in konservative  
Weise immer noch als „Keimzelle der Gesellschaft“ betrachtet wird,  
behindert  
die Unterstützung der Jugendlichen, welche zuhause Gewalt erfahren.  
Dadurch  
bekommen die Eltern über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder die  
Chance,

meist bei angemeldeten Hausbesuchen, den Schein zu wahren, dass doch alles in Ordnung sei. Egal von welchen schlimmen Taten der\_ die Jugendliche berichtet. Im schlimmsten Fall wird nach harmlosen angemeldeten Hausbesuchen dann die Intervention des Jugendamtes in der Familie beendet, der Fall zu den Akten gelegt und die Gewalttaten können wieder ungestört von statten gehen. Eigentlich alle Jugendlichen, welche ich während meiner Zeit in der Jugendhilfe kennengelernt habe, haben nicht nur eine, sondern mehrere Gewalttaten über einen langen Zeitraum hinweg erlebt, auch trotz mehrfacher Interventionen des Jugendamtes in diesen Familien.

Die Dunkelziffer an Familien, in denen Jugendliche physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind, ist unglaublich hoch. Hinter der bürgerlichen Fassade der Friede-Freude-Eierkuchen-Familie tut sich für manche von uns die Hölle auf. Nur ein kleiner Teil der Betroffenen schafft es daraus zu entkommen. Wenn man dann das Glück hat, in die Jugendhilfe aufgenommen zu werden, ist man zwar vor dem Elternhaus weitestgehend geschützt, wird aber stattdessen mit anderen Schwierigkeiten konfrontiert. Die Einrichtungen der Jugendhilfen unterscheiden sich sowohl stark vom Konzept als auch vom konkreten Zustand. Sie werden nicht direkt vom Jugendamt kontrolliert oder unterhalten. Dies wird von sogenannten freien Trägern übernommen. Diese sind meistens non-profit Organisationen. Diese bekommen pro Kind oder Jugendliche\_r einen Betrag, um dessen Betreuung zu

finanzieren.

Davon werden dem\_ der Jugendlichen auch gewisse Beträge, anhängig vom Alter und

Jugendamt und Träger, als Taschengeld, Hygiene-, Guthaben-, Fahrkarten- und

Bekleidungsgeld ausgezahlt. Hört sich erstmal gut an. Allerdings sind diese Beträge weniger als ausreichend. Von meinem Fahrkartengeld konnte ich höchstens

einmal in der Woche in die Stadt fahren. Für weitere Fahrten ging dann mein Taschengeld drauf, welches auch der einzige Betrag ist, über den ich, ohne eine

Abrechnung zu schreiben, verfügen durfte. Alkohol durfte ich davon trotz Volljährigkeit dennoch nicht kaufen. Über das wenige Geld, was man bekommt,

kann man also nicht einmal frei verfügen. Aber nicht nur bei diesen Geldern wird

gespart, was das Zeug hält: auch die Ausstattung der meisten Einrichtungen ist

sehr heruntergekommen. Bei den wenigsten kann man da von einem Zuhause sprechen. Jegliche Ausgaben der Wohngruppe, ob Ausstattung oder Ausflüge, müssen bei dem Träger begründet und genehmigt werden.

Dieser hat auch bei allem anderen die Entscheidungsgewalt.

Er bestimmt, wer einziehen darf, welche Betreuer\_Innen angestellt oder gekündigt werden und welches Konzept in der Wohngruppe angewendet wird. Daraus

resultierte dann einige Male, dass Betreuer\_Innen eingestellt oder einfach nicht entlassen worden sind, nachdem alle Jugendliche sich gegen die Zusammenarbeit mit diesen ausgesprochen haben. Gründe dafür waren zum Beispiel,

dass der\_ die Betreuer\_In handgreiflich geworden ist oder einfach ständig anfang, ungefragt über sexuelle Themen zu sprechen. Somit blieb uns Jugendlichen nichts anderes übrig als zu vermeiden, Zuhause zu sein, wenn der\_ die Betreuer\_In Dienst hatte.

Sowie der Eintritt ist auch der Austritt aus der Jugendhilfe mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Viele Jugendliche, welche diese Hilfe in Anspruch nehmen, haben keine Eltern, die sie finanziell nach der Jugendhilfe unterstützen könnten. Somit müssen sie mit spätestens 21 Jahren ein geregeltes Einkommen und ein paar Rücklagen haben, um Dinge wie eine Mietkaution oder eine Erstausrüstung zu finanzieren. Gelder für solche Dinge kann man zwar bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe beantragen, aber auch diese Beträge reichen nicht aus. Selbst Geld anzusparen ist auch für Jugendliche mit einem Einkommen durch eine Beschäftigung nicht möglich. Jugendliche, welche in der Jugendhilfe landen, tragen meistens so krasse Lebensgeschichten mit sich rum, dass ein reibungsloser Bildungsweg oder dem Nachkommen einer geregelten Tätigkeit nicht möglich sind. Selbst wenn man arbeiten geht, ist man verpflichtet, ab einem Freibetrag, welcher unter 200 Euro liegt und in das Taschengeld mit eingerechnet wird, 75% deines Einkommens an das Jugendamt zu zahlen. Diese Pflicht wird damit begründet, dass die Kosten für die eigene Betreuung ja sehr hoch seien und auch irgendwie finanziert werden müssen. Du musst am Ende also dafür bezahlen, was deine Eltern angerichtet haben und musst dir so die Chance auf ein kleines finanzielles Puffer trotz harter Arbeit nehmen lassen. Dies führte bei den Jugendlichen, welche ich kennengelernt habe, entweder dazu, dass sie erst gar nicht arbeiten gegangen sind oder angefangen haben, Gelder zu hinterziehen. Jugendliche aus prekären Lagen werden durch die Hilfen also weiter prekariert.

Durch die momentane Corona- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Jugendlichen weiter verschärft. Sie dürfen keine Kontakte außerhalb der Wohngruppe mehr haben und müssen so ihre gesamte Zeit in der Wohngruppe mit Betreuer\_Innen verbringen. Dies ist eine hohe psychische Belastung. Für viele sind ihre Wohngruppen kein Zuhause, sondern hauptsächlich der Ort, an dem sie schlafen und essen. Ihre Freizeit verbringen sie hauptsächlich mit vertrauten Personen aus ihren Freundeskreisen, welche sie in der schweren Zeit in der Jugendhilfe begleiten. Zudem gibt es in den meisten Wohngruppen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch unter den Einschränkungen, die ihrer Betreuer\_Innen erfahren, leiden die Jugendlichen. Diese dürfen selbst keine sozialen Kontakte außerhalb der Wohngruppe pflegen und haben aufgrund der Corona Auflagen viel mehr zu tun bei gleichbleibendem Gehalt. Hinzu kommt noch das ohnehin schon erhöhte Arbeitsaufkommen durch Ausfall von Kolleg\_Innen aus Risikogruppen. Durch diese hohe Arbeitsbelastung ist viel weniger Zeit, um sich mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und der Stress steigert sich täglich. Dies bekommen am Ende die Jugendlichen dadurch zu spüren, dass ihre Betreuer\_Innen so viel mit sich zu tun haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Jugendlichen angemessen zu betreuen. So kam es in den letzten Monaten meines Aufenthaltes dort zu massiven Auseinandersetzungen und der Tatsache, dass ich meinen Auszug allein planen musste.

Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass die bestehenden

Betreuungskonzepte bei Weitem nicht ausreicht, um Jugendlichen die Unterstützung zu bieten, welche sie brauchen und verdienen. Es müssen viel mehr Mittel für die Zukunft dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Chance haben, sich ein eigenständiges Leben unabhängig von ihren Eltern aufzubauen und die Benachteiligung aufgrund ihrer Familiengeschichte überwinden können. Statt dem Trägersystem braucht es gut finanzierte staatliche Einrichtungen unter vollster demokratischer Kontrolle durch die betroffenen Jugendlichen, Pädagog\_Innen und Organisationen der Arbeiter\_Innenklasse. Diese Rätestrukturen müssen auch das repressive Jugendamt ersetzen, dessen Aufgabe es ist, die Erziehungs- und Rechtsvorstellungen eines patriarchalen kapitalistischen Nationalstaates Namens Deutschland durchzusetzen, ob für oder gegen den Willen der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern stattdessen vollste Mitspracherechte für uns darüber, wo wir mit wem wie wohnen wollen. Außerdem müssen die Hierarchien durchbrochen werden. Jugendliche sind mündige Menschen, die selber am besten einschätzen können, ob sie mit ihrer Familie zusammenleben oder mit welcher\_m Betreuer\_In sie zusammenarbeiten können. Zudem müssen Familien antastbar sein, damit sie keinen Schutzraum für Gewalttaten darstellen. Jugendliche sind nicht der Besitz ihrer Eltern, sondern eigenständige Menschen!

- Frühere rechtliche Gleichstellung von Jugendlichen, angepasst an die Situation der jeweiligen

Länder!

- Für das Recht auf gegenständliches Eigentum und die eigenständige Verfügung darüber für Jugendliche!
- Für den Ausbau von Schutzräumen für Kinder und Jugendliche! Niemand soll bei seiner Familie bleiben müssen, wer das nicht möchte!
- Für selbstverwaltete Freiräume für Jugendliche, den massiven Ausbau von unabhängigen Jugendzentren und kostenloser Zugang zu einem ausgebauten Freizeit- und Kulturangebot für Jugendliche bezahlt durch die Besteuerung der Reichen!
- Für ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht. Beahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!
- Massives staatliches Investitionsprogramm in Jugendbetreuung, Soziale Arbeit und Bildung! Beahlt durch die Besteuerung des Kapitals und kontrolliert durch die Arbeiter\_Innenbewegung!

---

# **Linke Politik in der Pandemie?!**

## **Teil 3: SPD und Linkspartei**

In den ersten beiden Teilen dieser Artikelreihe haben wir uns zunächst mit den Gewerkschaften und dann mit

der radikalen Linke auseinandergesetzt.

Zuletzt, wollen wir uns anschauen, was die beiden größten bürgerlichen Arbeiter\_Innenparteien im Parlament während der Corona-Zeit so getrieben haben.

Mit „bürgerlichen

Arbeiter\_Innenparteien“ meinen wir Parteien wie die SPD oder die Linke, weil

sie im Parlament bürgerliche Politik, das heißt Politik im Interesse der herrschenden Kapitalist\_Innenklasse machen, aber gleichzeitig aufgrund ihrer

Tradition und sozialen Zusammensetzung eine starke Verbindung zur Arbeiter\_Innenklasse haben.

Das erste „Rettungspaket“

Um deren Politik einschätzen zu können sollten wir zunächst auf die Anfänge des

Covid-19-Virus blicken, auch wenn der Ausbruch in Deutschland schon etwa 3

Monate her ist. Das erste Paket an Maßnahmen wurde damals von einer großen

Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Es

beinhaltete neben mehreren Billionen Euro, die die Unternehmen quasi geschenkt

bekamen, auch das sogenannte „Kurzarbeitergeld“, welches eine weitere Millionensubvention für Unternehmen bedeutete, da die Lebensunterhaltskosten

ihrer Angestellten nun aus Steuergeldern und nicht aus der Konzernkasse

finanziert werden. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel

besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird

und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat dabei die ohnehin

massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt. Zu dieser massiven

Umverteilung von Steuergeldern zugunsten der Reichen gab es wenig

Widerspruch

von der SPD, aber auch von der Linken. Katja Kipping (Parteivorsitzende der Partei die Linke) feierte das „Hilfs-Paket“ sogar als „sozialen Fortschritt“.

Die bürgerlichen

Arbeiter\_Innenparteien haben sich also, wie die Gewerkschaften, zu einer Burgfriedenspolitik (das heißt: Zurückstellen von Kritik im Sinne der nationalen Einheit zur Bewältigung der Krise) entschieden. Während die SPD als

Teil der Großen Koalition auch heute noch die arbeiter\_Innenfeindliche Politik

der Bundesregierung zu verantworten hat, probiert die Linke seit ein paar Wochen wieder mehr einen auf Opposition zu machen.

Die Linke zurück in der  
Opposition?

Die Linke veröffentlichte am

28. März ein umfassendes Papier unter dem Titel „Solidarisch aus der Krise - Menschen vor Profite!“. Dieses Papier mit dem netten Titel besteht aus Beschlüssen

der Partei und legt damit die Grundlage der Politik der Linken während der Corona-Pandemie fest. Es liest sich eigentlich gar nicht schlecht: „ Für ein krisenfestes Gesundheitssystem“, „Die Kosten der Krise gerecht verteilen“, „ Solidarität über Grenzen hinweg - Leben weltweit schützen“ sind einige der Überschriften aus dem Papier.

Also alles

supi-dupi-solidarisch? Na dann brauchen wir ja alle nur die Linke wählen und alles wird gut? Nein! Das Problem sind aber nicht die teilweise richtigen sozialdemokratischen

Forderungen, sondern das, was nicht drinsteht. Es fehlt zum Beispiel eine Begründung, warum denn unser Gesundheitssystem nicht krisenfest ist, warum die

Kosten der Krise nicht gerecht verteilt werden und warum die Solidarität im

Nationalismus verpufft. Es fehlt eine Antwort auf die Frage, wo die strukturellen Ursachen der sozialen Verwerfungen der Corona-Krise liegen und wie eine Gesellschaft aussehen kann, deren Zweck es ist, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen anstelle möglichst viel Profit anzuhäufen. Ebenso fehlt es an einer Antwort auf die Frage, was mit den Zehntausenden Geflüchteten passieren soll, die in überfüllten Lagern an den Außengrenzen der Festung Europa leben müssen. Statt internationale Solidarität auszuüben, indem sie sich z.B. für offene Grenzen aussprechen würde, will Die Linke vor allem den Wirtschaftstandort Deutschland retten.

Und was hat Die Linke eigentlich aktiv versucht, um diese Forderungen umzusetzen? Bis auf ein paar kritische Redebeiträge in Bundestag und Landesparlamenten war dahingehend still um die Partei. Keine Spur von Protestaufrufen. Keine Spur von Aufrufen an die Gewerkschaftsführungen gegen die geplanten Massenentlassungen und Umverteilungsmaßnahmen zu Gunsten der Reichen zu streiken.

Die Linke erkennt in ihrem Beschlusspapier zwar richtig: „Die Krise trifft die am härtesten, die am wenigsten haben“. Sie stellt dort auch Forderungen auf, was dagegen getan werden sollte: Zum Beispiel die Anhebung des Kurzarbeiter\_Innengeldes, höhere Besteuerung von Reichen oder Schluss mit Schuldenbremse. Bei den Arbeiter\_innen scheint sie damit aber nicht so richtig anzukommen: Während bei den aktuellen Sonntagsumfragen zur Bundestagswahl die Werte der CDU während der Corona-Krise von 27% (07.02.2020) auf 39% (29.05.2020) stiegen, sank der Wert der Linken leicht von 10 auf 8 Prozent (von Forschungsgruppe Wahlen). Gleichzeitig

dominieren rechte Kräfte die „Hygiene-Bewegungen“ auf der Straße. Das Erstarren von dubiosen Bewegungen, die durch Verschwörungstheorien bis hin zu offen faschistischen Ideen einen Ausweg aus der Krise propagieren, lässt sich auch durch die Abwesenheit einer linken Alternative besser verstehen.

Wenn wir den Rechten die Rolle der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir jetzt eine klassenkämpferische Antikrisenbewegung, die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf die Straßen trägt. An SPD, Linke und Gewerkschaften kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter\_Innenklasse zählt zu ihren Mitgliedern. Doch um aktiven Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen Antritt!

Auch wir von REVOLUTION treten für Reformen ein, die direkt die Lebensbedingungen von uns allen verbessern und die auch schon im Kapitalismus umgesetzt werden können. Zum Beispiel die Forderung nach Weiterzahlung des vollen Gehalts während der Corona-Krise. Allerdings machen wir uns auch Gedanken darüber, was passieren muss, wenn die Chefetagen der Unternehmen nicht dazu bereit sind. Deshalb fordern wir in einem zweiten Schritt die Offenlegung der Geschäftsbücher sowie die Verstaatlichung der Unternehmen und die demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten. Letztendlich werden wir die großen Krisen, denen wir gegenüber stehen (ob Corona-Pandemie, Klimakrise, Wirtschaftskrise oder Festung Europa), jedoch nur solidarisch bewältigen können, wenn wir der kapitalistische Profitlogik die

Perspektive des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaft entgegenstellen.

Dazu braucht es ein revolutionäres Programm, das einen Weg dahin aufzeigt.

Eine

Anti-Krisenbewegung muss auf der einen Seite geeint kämpfen und auf der anderen

Seite über das richtige Programm streiten.

Wenn's der Wirtschaft gut geht,

geht's allen gut?

Seit Jahrzehnten erzählen uns

Finanzminister\_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse.

Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau und Sparprogramme wurden mit dem

Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung möglichst gering halten zu müssen.

Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende:

Plötzlich ist massig Geld da und die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere 130 Milliarden Euro investiert werden, um

die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere

Billionen Euro zu diesem Zweck an Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also, dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer

pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die

Unternehmenskassen zu pumpen.

Dabei konnte die SPD sich immerhin durchsetzen, dass die von der Autoindustrie und von großen Teilen der CDU geforderte Autoprämie für Verbrenner nicht Teil des Pakets geworden ist. Es sollen aber die Kaufprämien für E-Autos erhöht werden. Als „ökologische Wende nach der Krise“ lässt sich dies aber nun auch nicht gerade betiteln sondern eher als Geschenk an die deutsche Automobilindustrie. Weitere Kernpunkte des Pakets sind Maßnahmen, mit denen die Bundesbürger\_innen wieder in die Shoppingmalls gelockt werden sollen: einmaliger Kinderbonus von 300€ pro Kind, zusätzliche Unterstützung von Unternehmen und die Senkung der Mehrwertsteuer vom 1. Juli bis 31. Dezember von 19 auf 16 Prozent. Während die SPD den ganzen Mist zu verantworten hat, kritisiert Die Linke immerhin richtiger Weise, dass damit wenig den geholfen wird, die am meisten auf staatliche Hilfe angewiesen sind: Geringverdiener\_Innen und Arbeitslose. Außerdem meint Sie, dass das Paket nicht nachhaltig genug sei. Vom Sozialismus aus ihrem neuen Beschlusspapier ist hier jedoch schon wieder keine Rede mehr. Die Linke wünscht sich vielmehr einen „zahmeren Kapitalismus“. Ein bisschen soziales und ökologisches Parfum auf die Verwertungslogik und dann wird die nationale Wirtschaft schon wieder laufen. Von der demokratischen Kontrolle der Produktion durch die Beschäftigten und internationaler Solidarität ist hier jedoch nichts zu hören.

Uns als Kommunist\_innen geht es nicht darum, wie ein solches Konjunkturpaket hätte sozialer & ökologischer aussehen können. Es geht uns um die Frage, ob die strukturell im Kapitalismus bedingten Wirtschaftskrisen, die alle paar Jahre wieder ausbrechen, damit gelöst werden, dass man die Bevölkerung zum Einkaufen motiviert. Wie Olaf Scholz ganz ehrlich zugegeben hat, geht es in erster Linie darum, das Wachstum wieder anzukurbeln. Dabei sollen für Olaf jedoch nicht das Gesundheitssystem oder der soziale Wohnungsbau wachsen, sondern die Profite der Kapitalist\_Innen. Darum geht es dem Konjunkturpaket. Um die Billionenhilfen für die Wirtschaft finanzieren zu können, wird eine gigantisch hohe Staatsverschuldung in Kauf genommen. Zahlen sollen am Ende die Lohnabhängigen in Form von Massentlassungen und Sozialkürzungen.

Was sollten SPD und Linke tun?

Die SPD muss sich überhaupt erst einmal wieder auf das Ziel zurückbesinnen, mit dem ursprünglich vor über 150 Jahren gegründet wurde: die Interessen der Arbeiter\_innen und Unterdrückten zu vertreten. Sie sollte sich also gegen jede Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiter\_Innenklasse stellen. Wenn sie das tut, muss sie allerdings raus aus der Groko!

Die Linke sollte nicht nur im Parteiprogramm über Antikapitalismus und Sozialismus reden, sondern auch im aktuellen politischen Geschehen die Zusammenhänge von Krisen und Kapitalismus mit einer internationalistischen und sozialistischen Perspektive verbinden.

Zusammen sollten SPD und Linke nicht nur Reden im Bundestag schwingen sondern aktiv mit den

Gewerkschaften

eine Anti-Krisenbewegung auf die Straße bringen, die für eine sozialistische Perspektive kämpft und sich dem wachsenden Rassismus und rechten Verschwörungstheorien entgegenstellt. Eine Anti-Krisenbewegung muss eine unabhängige Stimme der Lohnabhängigen, Migrant\_Innen und Jugendlichen darstellen

und ein eigenes Programm für diese demokratisch entwickeln. Dabei muss sie den

Anschluss an bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus

in ihr Aktionsprogramm integrieren.

Wir haben allerdings auch keine Illusionen in die Führung der beiden Parteien,

sondern sehen dies eher als Aufforderung an die Basis mit der Führung zu brechen und selbst auf die Straße zu gehen. Dort müssen wir uns organisieren

und selbst demokratische Strukturen aufbauen, in denen wir frei darüber diskutieren können wie wir in Zukunft leben wollen und mit welchem Programm wir da hinkommen.

---

## **Krisenstimmung auch in der EU**

*Flo Schwerdtfeger*

„Whatever the weather, we must move together!“ titelte ein Propagandaplakat für den Marshall-Plan in den 50ern. Darauf zu sehen war eine Windmühle, deren Blätter die einzelnen Länder Europas waren. Symbolisiert werden sollte

Einigkeit und ein gemeinsames Handeln als europäischer Kontinent. Wenn es sie überhaupt einmal gab, so sind diese Zeiten der Einigkeit aber lange wieder vorbei. Nicht erst seitdem sich Großbritannien aus der EU verabschiedet hat. Die Uneinigkeit findet sich wieder in der Frage, welcher Staat wieviele oder überhaupt Flüchtende über die Grenze lassen müsse. Sie findet sich in der Umweltpolitik wieder, wo an der einen Stelle Kernkraft aufgegeben, an der anderen aber erst aufgebaut wird. Sie findet sich aber auch da wieder, wo die Staaten Mittel- und Westeuropas, wie Deutschland, Frankreich und das UK, nach der Wirtschaftskrise 2008/09 die Mittelmeerstaaten ausbluten ließen, um ihre Schulden zu tilgen. Besonders jetzt durch die Pandemie werden die Effekte weiter verstärkt und spitzen sich zu. In diesem Artikel wollen wir ein wenig versuchen, die Fronten innerhalb der EU nachzuzeichnen.

### **Dieses mal mit den Rechten**

Seit Jahren lässt sich der stetige Aufstieg der Rechtspopulist\_Innen beobachten, in einigen Ländern wie Ungarn oder Italien sind sie sogar an der Regierung. Als Folge des Versagens der Linken eine Antwort auf die sozialen Angriffe nach der Krise 2007/08 zu bieten, erstarkten in vielen Ländern wieder konservative und nationalistische Ideen und Parteien. Seit der Fluchtbewegung 2015 wurde die Festung Europa wieder stärker ausgebaut und der Kontinent abgeschottet gegenüber Menschen, die vor Krieg und Ausbeutung flüchten. Die Menschen, die es dann doch nach Europa schaffen, werden zwischen den Ländern hin- und hergeschoben, weil niemand sie wirklich aufnehmen will. Und obwohl sich die Rechtspopulist\_Innen meist als Europäer\_Innen darstellen und behaupten, den Kontinent gegenüber „Invasoren“ zu verteidigen, sind sie es auch, die die EU am liebsten abschaffen würden und ihre eigenen Nationalstaaten wieder aufleben lassen wollen. Dabei ist nicht nur das UK mit dem Brexit das Paradebeispiel, auch in Italien mehren sich die Stimmen, die einen Austritt aus der EU fordern. Selbst in Ländern, in denen sich noch „liberale“ oder immerhin „proeuropäische“

Regierungen halten konnten, sitzt diesen heute eine stärkere Rechte im Nacken als dies noch zur letzten Krise der Fall war.

Und in der Pandemie verschärft sich die Situation nur noch weiter: In Deutschland stellt sich die AfD verstärkt als Verteidigerin der Freiheit und Grundrechte dar, indem sie gegen die Einschränkungen, die durch die Pandemie entstehen, demonstrieren. In Ungarn erhöht sich Viktor Orban immer mehr zum Alleinherrscher, indem er per Notstandsgesetze am Parlament vorbeiregiert, und in Großbritannien wurde zum Glück noch vom Ansatz der Herdenimmunität wieder abgerückt.

Wenn es nicht einmal geschafft wird, den am schwersten betroffenen Nachbarstaaten mit medizinischen Materialien und Personal auszuhelfen, offenbart sich auch wie schlecht es mit den humanistischen Idealen der EU in der Praxis aussieht

### **Zwischen den Fronten**

Der EU macht aber auch die globale Konkurrenz zu schaffen. Sie wird ja meist als weiterer Machtblock in der Welt gehandelt, besonders wenn es darum geht, eine gemeinsame Armee aufzustellen, um sich gegenüber Russland, China oder den USA zu behaupten.

Aber nicht nur militärisch stellen diese Staaten eine Bedrohung dar, sondern auch wirtschaftlich. Erkennbar wird das durch die starken Verflechtungen, durch Handels- oder Produktionsstrukturen. China hat z.B. ein doppelt so hohes Exportvolumen in die EU wie umgekehrt.

Dazu kommt der direkte Einfluss Chinas auf europäische Unternehmen und Länder. So hält zum Beispiel das chinesische Unternehmen Cosco mehr als 50% der Anteile an dem Hafen Piräus', einer der größten griechischen Häfen. Auch in Italien war China da - und nicht etwa die EU - wenn es um medizinische Unterstützung ging während der Corona-Hochphase.

Es ist abzuwarten, wie genau sich die globale Konkurrenz fortführen wird. Solange der amerikanische Kontinent das Epizentrum der Pandemie bleibt und die USA nur zu Verzweiflungshandlungen fähig ist, wird demgegenüber der Einfluss Chinas umso wichtiger. In China wurde die Produktion viel schneller als anderswo wieder hochgefahren und genau dann, als die

Produktionen der EU und der USA aussetzen, konnte China seine Macht ausbauen, indem sie die entstehenden Versorgungslücken decken und so viel mehr Export erbringen konnten.

### **Angriffe auf die Sozialsysteme**

An anderer Stelle offenbart sich die Spaltung Europas als Folge der Weltwirtschaftskrise 2008/09 und der Schuldenkrise 2010/11. Bis heute ist vor allem der Mittelmeerraum durch die Sparmaßnahmen geprägt, die vor allem von Deutschland auferlegt worden sind. Besonders hart hat es dabei Griechenland getroffen, aber auch Spanien und Italien durchleben ähnliches. Gestützt durch Deutschland und Frankreich wurden damals Kredite an die verschuldeten Staaten ausgegeben. Der Haken daran ist nicht nur, dass diese Kredite samt Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen. Vor allem sind sie auch an Maßnahmen des sozialen Kahlschlags in den jeweiligen Ländern gebunden worden, überwacht - und exekutiert - durch eine von der EU vorort installierte Troika. Die Sparmaßnahmen trafen Renten- und andere soziale Leistungen, hatten einen großen Stellenabbau zur Folge, schlugen sich aber eben auch in Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Privatisierungen nieder.

Wohin diese Kürzungen führten, sah und sieht man heute besonders in Italien. Ein Grund für die hohe Sterberate während der Pandemie ist, dass so wenig Personal und Ausrüstung auf den Intensivstationen vorhanden waren, da dem Gesundheitssystem fast 37 Milliarden Euro an Investitionen fehlen.

Obwohl die großen Imperialisten wie Deutschland und Frankreich viel davon profitiert haben, die südeuropäischen Länder kleinzuhalten und sich an ihnen zu bereichern, sind sie auch davon abhängig, dass in ihnen eine gewisse Stabilität herrscht, wenn es um Absatzmärkte, Produktionsketten oder Investitionsströme geht.

### **Was sollen die Krisenmaßnahmen sein?**

Irgendetwas muss die also EU tun, um die Krisenfolgen abzufedern, auch in den Ländern, die besonders stark betroffen sind, darin sind

sich eigentlich alle einig.

Die Streitfrage ist allerdings wie genau diese Maßnahmen aussehen sollen.

Insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich tun sich dabei Widersprüche auf. Einerseits ist Frankreich (im Gegensatz zu Deutschland) ziemlich stark von der Corona-Krise betroffen und daher selbst schon an guten Konditionen für Hilfsmaßnahmen interessiert. Zusätzlich würde auch eine weitere Schwächung der anderen Länder wie Italien die Vormachtstellung von Deutschland weiter verstärken, was ebenso nicht im Sinne Frankreichs ist. Frankreich steht in diesem Konflikt also eher auf der Seite der hochverschuldeten Staaten, während Deutschland an dem alten Modell mit Zurückzahlung unter Zinsen festhalten will.

Der erste Vorschlag waren sogenannte Corona-Bonds in der Höhe von 1,5 Billionen Euro. Diese sollten sich im ersten Entwurf an die Euro-Bonds anlehnen, die nach der Schuldenkrise ausgegeben wurden. Dabei wird von der EU ein Kredit an Länder ausgegeben, die Unterstützung benötigen. Das Problem an der Sache ist, dass diese Bonds mit Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen, wodurch den betroffenen Staaten nicht wirklich geholfen ist, da sie so über Jahrzehnte an diese Rückzahlung gebunden sind. Im zweiten und aktuelleren Entwurf ist nur noch von 500 Milliarden Euro die Rede, dafür aber als Auszahlung, die ohne Zinsen zurückgezahlt werden soll. Besonders die stark betroffenen Länder wie Frankreich, Spanien und Italien sollen davon profitieren. Probleme könnte es dafür besonders von den EU Staaten im Norden und Osten geben, da diese wahrscheinlich mehr Geld geben werden als sie bekommen. Dadurch

könnten weitere  
Spannungen, besonders in den sowieso schon EU-skeptischen Ländern wie  
Polen und  
Ungarn entstehen.

### **Innerer Widerspruch und dessen Lösung**

Es ist ein Widerspruch an sich, dass sich imperialistische Staaten und damit  
auch die Kapitalist\_Innen der Länder zu einer Einheit zusammenschließen.  
Eigentlich versuchen Sie sich nämlich gegenseitig zu verdrängen und  
Halbkolonien zu ihren Absatzmärkten zu machen.

Die EU kann daher nur als Gegenprojekt zu den anderen  
Imperialisten wie China, USA, Russland existieren. Dieser Burgfrieden ist  
aber  
bröckelig, denn besonders die westeuropäischen Länder Deutschland,  
Frankreich  
und Großbritannien streben nach der Führung.

Oberflächlich betrachtet ist die EU ein Beispiel dafür, dass Schritte weg vom  
Nationalstaat möglich sind. Es wäre eine Schande, die Errungenschaften der  
internationalen Verflechtungen auf industrieller und kultureller Ebene  
wieder  
aufzulösen, nur um in chauvinistische Nationalstaaten zurückzukehren, die  
sich  
alle untereinander verfeindet sind. Nur sind halt viele der Träume der EU  
nicht  
mehr zu finden. Die Humanität stirbt an den Außengrenzen. Im Innern wird  
die  
bestehende Ungleichheit durch Bürokratie und Sparmaßnahmen noch  
verschärft und  
letztendlich bleibt sie nur ein Zusammenschluss, zur Verwirklichung der  
wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Kapitale.

Wirkliche Vereinigung kann Europa nur erfahren ohne die  
auseinandertreibende Wirkung der kapitalistischen Konkurrenz. Die

bestehenden

Verbindungen müssen von der europäischen Arbeiter\_Innenklasse genutzt werden,

um sich international zu organisieren und der EU nach vorne zu entkommen:

In

die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

---

# **Was der Bundesligastart über den Zustand des Profifußballs aussagt:**

*Marcel Möbius*

Seit dem 15. Mai wird in der 1. und 2. Bundesliga wieder Fußball gespielt. Seit dem 30. Mai auch in der 3. Liga. Das Alles ohne Zuschauer, als sogenannte „Geisterspiele“ und unter Einhaltung strenger Hygieneregeln. Damit nimmt die Deutsche Fußball-Liga (DFL) im internationalen

Vergleich eine Vorreiterrolle ein. Nachdem dies sich als wirtschaftlich lukrativ herausgestellt hat, werden andere große europäische Ligen diesem Beispiel folgen. So wird in Spanien beispielsweise am 11. Juni der Spielbetrieb

fortgesetzt. Um dies möglich zu machen, werden extra regelmäßige Tests auf das

Coronavirus bei SpielerInnen und BetreuerInnen durchgeführt und diese in Quarantäne gesetzt, wenn nötig. Dies ist besonders international ein Hohn, wenn

man betrachtet, dass in Italien und Spanien nicht einmal genügend Tests existieren, um die Zivilbevölkerung zu versorgen. Allerdings sollen für den

Profisport hier massiv die Ressourcen locker gemacht werden. Dafür riskiert man eine fortschreitende Verschlechterung der Versorgung der Zivilbevölkerung und die Leben der ArbeiterInnenklasse. Dies alles tut man nur um den sportlichen Wettbewerb aufrechtzuerhalten? - Wohl kaum! Man muss sich vor Augen führen, dass der Profifußball ein riesiger Markt geworden ist, in dem es um hunderte Millionen Euro geht. Es ist eine Unterhaltungsindustrie, die sich durch Fernsehgelder, Werbekampagnen, Eintrittspreise und Merchandise finanziert.

Besonders deutlich wird die Entfremdung des Profifußballs vom ursprünglichen Gedanken des Sport, wenn man betrachtet, dass der gesamte Amateurfußball unverzüglich eingestellt wurde. Dies ist wiederum nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass die meisten Amateursportvereine sich ohnehin finanziell in miserablen Situationen befinden. Kaum ein Verein generiert Überschüsse, die den Zwecken der Erhaltung der eigenen Infrastruktur genügen. Zumeist ist man auf die finanzielle Unterstützung von Kleinunternehmen angewiesen, für die der Verein zur Werbefläche wird. So zeigt sich, dass auch bei Amateurvereinen die gleichen Mechanismen gelten wie im Profibereich. Lediglich die Summen und die Größen von Vereinen und Unternehmen variieren.

Noch mehr verdeutlicht sich die Entfremdung des Profifußballs vom Grundgedanken des Sports, wenn man betrachtet, welche Transfersummen und Gehälter im Profifußball fließen. Nicht selten werden hier Millionen als Jahresgehalt für Vollzeitsportler gezahlt. Das echt absurd, wenn man es in Relation zu durchschnittlichen ArbeiterInnenlöhnen setzt - schon

allein im Vergleich, wenn man sieht, dass die Spieler vieler Vereine auf ihre Gehälter ganz oder teilweise verzichtet haben, um die Lohnzahlungen der ArbeiterInnen des Vereins zu sichern. Was wie eine große Geste wirkt, ist doch eher ein Akt der Selbsterhaltung für die kapitalistische Maschinerie der Fußballindustrie.

Darüber hinaus hat die ökonomische Betrachtung des Profifußballs auch einen sexistischen Aspekt, da im Frauenfußball die Gehälter und auch die gesamte Marketingindustrie drum herum um ein vielfaches kleiner sind, sodass es Vollprofifußballerinnen in Deutschland kaum gibt. Die Gehälter reichen nicht aus, um den Lebensunterhalt zu sichern. Daher müssen die Frauen neben dem zeitlich und körperlich ebenbürtigen Aufwand zum Männerfußball auch noch Lohnarbeit oder einem Studium nachgehen.

Dabei ist es doch nicht die gesamte Industrie und das Marketing, weshalb die meisten Menschen den Fußball mit Leidenschaft verfolgen - aktiv im Amateurbereich, als aktive Fans im Stadion oder auch als stille BeobachterInnen zu Hause. Fußball ist der beliebteste Sport der ArbeiterInnenklasse in Deutschland, doch er hat sein Gesicht verändert - er wurde bis zur Unkenntlichkeit von der Kommerzialisierung und der Vermarktung aus Profitinteressen verdreht. Diese haben dazu geführt, dass sich allen voran die Fußballverbände und FunktionärInnen daran bereichert haben. So ist es auch kein Wunder, dass die Korruption floriert. Dies sind Effekte, die sowohl in Europa, in der UEFA, wie auch im Weltfußballverband FIFA, beobachtet werden können. Man sieht, dass auch die 50+1-Regel, die verbietet, dass ein Investor eine Entscheidungsmehrheit im

Verein erhält, den Ausverkauf der Vereine nicht aufhalten kann. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, bis man in der Konkurrenz mit anderen Ligen, wo ganze Klubs großen Sponsoren gehören, mit diesem Grundsatz bricht und Martin Kind, Dietmar Hopp, Red Bull, Volkswagen, Bayer und anderen auch ganz offiziell den Besitz an ihren Promoklubs überlässt.

Warum also begeistern sich trotz all dieser Probleme so viele Menschen und besonders ArbeiterInnen und Jugendliche für diesen Sport? Für Fans ist besonders der Zusammenhalt wichtig, dass der Fußball ein soziales Event ist, welches Menschen verbindet. Gerade für Jugendliche, die durch den allgemeinen Leistungsdruck und die Abhängigkeit durch das Konzept der bürgerlichen Familie, unterdrückt werden, hat dieser soziale Aspekt des Sports eine besondere Bedeutung. Hier bilden sich Fanszenen, die man durchaus wie Subkulturen betrachten kann. Jeder ist gleich, wenn er in der Kurve das gleiche Team anfeuert. Dabei können Menschen ganz verschiedener Charaktere, Ideologien oder politischer Orientierungen zusammengebracht werden, auch wenn Fans sehr politisch werden können, indem sich zB. jetzt die Fans der eigentlich verfeindeten Vereine **São Paulos im Kampf gegen die Angriffe Bolsonaros zusammenschließen. Doch** abseits davon geht um Emotionen: Euphorie bis zur Ekstase, Trauer und auch Wut - all das leben Menschen im Stadion und auch auf kleineren Fußballplätzen aus, wenn der sonst so triste Alltag aus Arbeit, Schule oder Uni eine Auszeit bekommt.

Probleme des Alltags können vergessen werden, wodurch diese Form der Unterhaltungsindustrie besonders betrachtet werden muss, da es nicht nur um Unterhaltung wie im Film geht, sondern darum, dabei zu sein und teilnehmen zu können - zumindest gefühlt.

Im Block werden Menschen klassenübergreifend zusammengeführt - so war es zumindest einmal. Die Kommerzialisierung drängt die ArbeiterInnenklasse aus den Stadien - Leidenschaft, die mit Fangesängen voller Kraft und Entschlossenheit, gelegentlich auch mit Pyrotechnik ausgelebt wird, wird kriminalisiert und ist heute nicht mehr erwünscht. Ticketpreise steigen, Stehplätze verschwinden und damit verschwindet auch die Leidenschaft und die ArbeiterInnenklasse aus den Stadien. Dies verdeutlicht sich auch, wenn man betrachtet, dass große Teile der Tickets an Sponsoren gegeben werden. Die Ultras, die für die von allen so geliebte Stimmung im Stadion sorgen, werden von den Medien kriminalisiert und diskreditiert. Dabei sind sie diejenigen, die allen voran ihr Leben für ihren Verein aufopfern, oftmals auf eigene Kasse.

Die Gründe für diese Entwicklung sind ökonomisch begründet. Wo Menschen in Massen Interessen entwickeln oder praktisch immer, wenn irgendwas cooles im Kapitalismus entsteht, greifen Marktmechanismen und fangen an, die Profite maximieren zu wollen und den Spaß zur Ware zu machen - so werden Merchandise, Werbung und Pay-TV-Übertragungen auf die Plätze gebracht. Teilhabe für Menschen der ArbeiterInnenklasse erschwert, da ein soziales Ereignis zu einem finanziellen Problem wird. Ähnlich sehen wir diesen Effekt auch bei der

Kommerzialisierung von Musik, Kunst, Festivals, der Filmindustrie und Ähnlichem.

Hiermit zeigt sich deutlich, aus welchen Gründen wirklich der Profispielbetrieb nun fortgesetzt wird und dass dies nichts mit sportlichen Interessen zu tun hat. Der Profifußball wird also nur aus Profitinteressen fortgesetzt und damit die Gesundheit von SpielerInnen, BetreuerInnen und aller ArbeiterInnen im Umfeld der Vereine riskiert.

Es gilt nun dafür einzutreten, dass Profisportler\_Innen durchschnittliche Arbeiter\_Innenlöhne bekommen, Pyrotechnik legalisiert wird und Ticketpreise reduziert werden, um die Teilhabe der ArbeiterInnenklasse an sportlichen Ereignissen sicherzustellen.

Aus diesem Grund müssen wir nun gemeinsam als ArbeiterInnen den Kampf gegen die Kommerzialisierung des Profifußballs und für den Schutz der Gesundheit aller Beteiligten aufnehmen. Hierzu braucht es Streiks aller ArbeiterInnen, die für Fußballvereine arbeiten, gemeinsam mit den SpielerInnen. Dieser Kampf muss gemeinsam mit den Fans geführt werden. Die aktuellen Sportverbände müssen zerschlagen und ihre Vermögen enteignet werden. Der Profisport muss unter demokratische Kontrolle der Beteiligten gestellt werden - gemeinsam in Räten von Sportler\_Innen, Fans und anderen UnterstützerInnen.

---

# Stoppt die Angriffe auf LGBTI+ Personen in Polen und Ungarn!

*Sani Meier*

Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus' lässt sich beobachten, dass in manchen Ländern die aktuellen Dynamiken genutzt werden, um Gesetze zu beschließen, die zuvor durch starke Proteste abgewendet wurden. Die überall stattfindenden momentanen Einschränkungen des Demonstrations- und Versammlungsrechtes sind dafür eine optimale Grundlage, da sie Massenproteste weitestgehend behindern. Besonders deutlich wird dies an den jüngsten Entwicklungen in Ungarn & Polen, wo besonders die Rechte von LGBTIA-Personen und Frauen massiv eingeschränkt werden.

## **Ungarn:**

### **Verweigerung der Geschlechtsanpassung in offiziellen Dokumenten**

In Ungarn hat so der Staatspräsident János Adler unter anderem jenes umstrittene Gesetz unterzeichnet, welches trans- und intergeschlechtlichen Menschen die rechtliche Anerkennung verweigert. Damit ist die Änderung des Personenstandsgesetzes in Kraft, welche Teil eines Gesetzespakets rund um die Coronakrise war. Dieses Gesetz bedeutet, dass in allen Dokumenten nur noch das Geschlecht eingetragen wird, das bei der Geburt festgelegt wurde. Trans- und Interpersonen können es später nicht mehr in ihr gelebtes Geschlecht ändern lassen, was zu ständiger Diskriminierung im Alltag führen wird. Grundlage dieses Gesetzes ist die reaktionäre Annahme, dass lediglich 2 biologische Geschlechter existieren, die über die Chromosomen bestimmt werden können und

leugnet, dass es auch eine Geschlechtsidentität gibt, die unabhängig vom biologischen Geschlecht sein und sich im Laufe des Lebens auch ändern kann. Trotz internationaler Proteste dagegen wurde das Gesetz letzte Woche mit den Stimmen der rechtskonservativen Mehrheit beschlossen. Nun muss noch vom Verfassungsgerichtshof entschieden werden, ob es gegen die gesetzliche Garantie der Menschenwürde verstoßen würde. Dieser Beschluss war zwar bisher gültig, konnte aber trotzdem nicht verhindern, dass schon seit Längerem Anträge auf Geschlechtsanpassungen von Trans-Personen ignoriert wurden, da man bereits auf eine entsprechende Gesetzesänderung gewartet hat.

Dieser massive Angriff auf die Rechte von Trans- und Interpersonen reiht sich ein in weitere Angriffe der regierenden Fidesz-Partei auf Arbeiter\_innen- und Minderheitenrechte. Ministerpräsident Viktor Orban propagiert seit Langem öffentlich ein ultra-konservatives Familienbild und sorgte bereits dafür, dass alle Studiengänge zum Thema „Gender-Theorien“ an ungarischen Universitäten verboten wurden. Auch aus popkulturellen Events wie dem „Eurovision Songcontest“ zog sich Ungarn zurück, da eine solche Veranstaltung „zu schwul“ sei und die Gesundheit der Nation vergiften würde.

### **Polen: Verbot von Abtreibungen & öffentlicher Sexualaufklärung**

Auch in Polen haben Gesetzesentwürfe zum vollständigen Verbot von Abtreibungen und zum Verbot von öffentlichem Sexualkundeunterricht die erste parlamentarische Hürde genommen. Beide Gesetze wurden als Bürgerinitiativen von

ultrakonservativen Organisationen eingebracht. Schon seit 1993 hat das Land nach einer Kampagne der katholischen Kirche eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas: Abtreibung ist offiziell nur bei Schädigung des Fötus, bei Gefahr für die Frau und nach Inzest oder Vergewaltigung erlaubt. Offiziell registrieren die Behörden jährlich gut 1000 Abtreibungen. Die echte Zahl liegt Frauenrechtler\_innen zufolge bei mindestens 150.000. Zehntausende Polinnen treiben im Untergrund oder mit Abtreibungspillen zu Hause ab oder fahren zur Abtreibung etwa nach Deutschland oder Tschechien. Ersteres birgt ein hohes gesundheitliches Risiko für die Frauen (laut Ärzte ohne Grenzen sterben jedes Jahr rund 22.800 Frauen an den Folgen unsachgemäßer Schwangerschaftsabbrüche), während die Reise in ein anderes Land eine zusätzliche finanzielle Belastung mit sich bringt. Nun sollen diese auch noch vollständig verboten werden. Dass dies nicht zu insgesamt weniger Abtreibungen führen wird, sondern lediglich zu mehr illegalen Eingriffen, ist absehbar. Der von der regierenden PiS-Partei gestellte Präsident Andrzej Duda erklärte, er werde ein komplettes Abtreibungsverbot unverzüglich unterschreiben.

Ein weiteres Gesetz ermöglicht bis zu 3 Jahren Haft für jegliche öffentliche Sexualerziehung. Begründet wird dies durch eine angebliche „sexuelle Verführung und Demoralisierung“ und „große Unsicherheit der Gesundheit“ der polnischen Jugend durch Sexualekunde, Verhütung und Aufklärung über Masturbation, Homosexualität, Antidiskriminierung oder Toleranz. Sexualerziehung sei zudem eine „Spielwiese für Schwule, Lesben und Pädophile“. Die Gleichsetzung von Homosexualität mit Pädophilie ist ebenso

absurd und reaktionär wie die These, offene Sexualaufklärung würde zu gesundheitlichen Risiken führen.

Doch auch diese Entwicklungen in Polen sind leider nicht überraschend, wenn man sich die gesellschaftlichen Dynamiken anschaut: Hier sind gewaltsame Angriffe auf Pride-Demos durch Rechtsextreme keine Seltenheit und mittlerweile hat sich rund ein Drittel Polens zu sogenannten „LGBTIA-freien Zonen“ erklärt.

In diesen Gebieten können Personen, die nicht in die ultra-konservativen Vorstellungen von Geschlecht und Familie passen, ihre Identität nicht frei ausleben und sind ständiger verbaler und physischer Gewalt ausgesetzt. Betroffene berichten von täglichen homophoben Angriffen bei gleichzeitiger Ignoranz und fehlendem Schutz durch die Behörden, welche in solchen Angriffen kein Problem sehen würden.

## **Symptome des internationalen Rechtsrucks**

Dass diese traurigen Entwicklungen in Polen und Ungarn gerade jetzt passieren, ist kein Zufall. Sie haben sich im Zuge des internationalen Rechtsrucks angebahnt und sind nun im Schutz der Corona-bedingten Grundrechtseinschränkungen in vollem Gange. In Polen ist seit 2015 die rechtskonservative Prawo i Sprawiedliwość (kurz: PiS, dt: Recht und Gerechtigkeit) an der Regierung und verabschiedet reaktionäre Gesetze, während gleichzeitig eine starke faschistische Szene regelmäßig durch Angriffe auf Linke auffällt. Auch in Ungarn ist mit Victor Orban ein Rechtspopulist an der Macht, welcher durch die faschistische Partei Jobbik (dt. Bewegung für ein besseres Ungarn) gestützt wird. Doch auch abseits dieser beiden Länder lässt

sich im Großteil der Welt ein Rechtsruck beobachten: Sei es Trump in den USA, die FPÖ in Österreich, der Rassemblement National in Frankreich, Bolsonaro in Brasilien oder die AfD in Deutschland. Dieser internationale Rechtsruck wurde vor allem durch die letzte weltweite Finanzkrise 2007/08 ausgelöst, welche zu großen Teilen auf dem Rücken der Arbeiter\_Innenklasse abgewälzt wurde, welche sich auch heute noch in einer Führungskrise befindet, da keine größere Organisation existiert, die ihre Gesamtinteressen vertritt und eine klare Perspektive bietet. Dies führte vor allem dazu, dass sich die bestehenden Parteien immer mehr nach rechts bewegten und neue rechte Kräfte erstarken konnten.

### **Woher kommt die LGBTIA- Unterdrückung?**

Wie bereits erwähnt, fußt die Unterdrückung von LGBTIA- Personen darauf, dass sie vom traditionellen heteronormativen Familienbild abweichen. Dass dieses Familienkonzept besonders durch den Staat geschützt wird, ist kein Zufall, sondern hat vor allem ökonomische Gründe. Die bürgerliche Kernfamilie sorgt nämlich vor allem dafür, dass Arbeitskraft im Privaten wieder reproduziert wird: Das beinhaltet all das, was benötigt wird, damit Arbeiter\_Innen am nächsten Tag wieder zur Arbeit gehen können, also z.B. Essen, Schlafen, Waschen etc. All diese Dinge finden unbezahlt innerhalb des privaten Haushalts der Familie statt und werden vor allem durch Frauen geleistet, die diesen durch sogenannte Reproduktionsarbeit am Laufen halten. Sie kochen, putzen, waschen Wäsche, leisten emotionale Arbeit und sorgen durch die Kindererziehung dafür, dass auch diese später Lohnarbeit leisten. Und das alles ohne dafür bezahlt zu werden. Der Staat profitiert also von diesem Familienkonstrukt, da dieses die

unentlohnte Reproduktion von Arbeitskraft sicherstellt. Staatliche Institutionen versuchen deshalb die klassische Familie zu schützen, aufrechtzuerhalten und zu promoten, während sie andere Familienentwürfe zu marginalisieren versuchen. Natürlich wurden in vielen Ländern bereits riesige Fortschritte hinsichtlich der Anerkennung von der bürgerlichen Norm abweichenden Lebens- und Geschlechtsvorstellungen erkämpft. Die Situationen in Ungarn und Polen zeigen uns jedoch, dass diese schnell wieder zurückgenommen werden können, solange die sozio-ökonomische Grundlagen für LGBTIA-Unterdrückung nicht angegriffen werden.

Es wird also klar, dass durch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Familie nicht nur LGBTIA-Personen ausgegrenzt und diskriminiert werden, sondern auch vor allem Frauen ausgebeutet und unterdrückt werden. Ihre Repression basiert auf der gleichen Grundlage: Dem Kapitalismus, welcher die bürgerliche Familie benötigt, um Arbeit möglichst effektiv auszubeuten. Deshalb muss der Kampf um die Befreiung von LGBTIA-Personen zwangsläufig mit den Kämpfen von Frauen und der Arbeiter\_Innenklasse gegen den Kapitalismus geführt werden!

**Wir fordern  
deshalb:**

- Die Abschaffung aller Gesetze die LGTBIA-Personen diskriminieren und verfolgen!
- Das Recht auf sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung! Kein kapitalistischer Staat darf zum Schiedsrichter über unsere Geschlechtsidentität werden!

- Uneingeschränktes Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und Geschlechtsangleichung, sowie freien Zugang zu Informationen & freiwilliger Beratung!
  - Selbstverteidigungskomitees zum Schutz vor organisierten homo- und transphoben Faschist\_Innen!
- 

# Neue militärische Eskalation in Libyen!

**Unser Autor Jonathan Frühling erklärt, was genau in Libyen los ist und warum niemand darüber spricht.**

Während hierzulande Corona die Nachrichtenwelt dominiert, gehen die kriegerischen Konflikte zwischen Imperialist\_Innen und Regionalmächte unvermindert weiter. Dabei ist ein alter Konfliktherd mit besonderer Heftigkeit wieder ausgebrochen: Libyen.

Libyen ist ein weitläufiger nordafrikanischer Wüstenstaat mit einer Bevölkerung von knapp 7 Millionen Menschen. Das BIP beträgt ca. 30

Mrd. US-Dollar, was ungefähr der wirtschaftlichen Stärke Syriens entspricht, wobei die Wirtschaft vor allem auf der Förderung von Öl basiert.

2011 wurde der langjährige Diktator al-Gaddafi durch einen Bürgerkrieg gestürzt. Damals zerfiel die Armee und es bildeten sich lokale Milizen, die von der NATO aus der Luft unterstützt wurden. Recht bald nach dem Krieg ist diese Allianz gegen al-Gaddafi jedoch zerfallen und hat zu einem bis

heute andauernden Bürger\_Innenkrieg geführt.

### **Politische Ausgangslage**

Das Land ist momentan gespalten in einen Ost- und einen Westteil. Der Westen wird geführt von der Übergangsregierung GNA (Government of National Accord) unter dem Ministerpräsidenten as-Sarradsch, indem er die ehemalige Hauptstadt Tripolis und die umliegenden dicht besiedelten Gebieten kontrolliert. Diese Regierung wird auch von der UN als die legitime Regierung anerkannt und vom Westen unterstützt. Im Osten herrscht der General Haftar und seine Libyan National Army (LNA), die auch einen Großteil der Ölquellen unter ihrer Kontrolle haben. Er stützt sich auf eine Reihe von im Nord-Osten des Landes ansässiger Stämme, die hoffen, bzw. hofften, nach seinem Sieg eine bevorzugte Stellung im neuen Staat zu erhalten.

### **Neuste Entwicklungen**

Vor gut einem Jahr begann das Militärbündnis von Haftar mit einer großangelegten Offensive, die zu der Eroberung der Hauptstadt Tripolis führen sollte. Politische Verhandlungen hatte Haftar zuvor abgebrochen. Bei der Offensive wurden einige Erfolge erzielt und bis in die Vorstädte der Hauptstadt Tripolis eingedrungen. Dann allerdings stoppte die Offensive, denn die GNA bekam militärische Unterstützung vor allem durch die Türkei. Diese sendete unzählige Schiffe mit schwerem militärischen Gerät, vor allem gepanzerte Fahrzeuge, sowie der Türkei treuen Islamisten aus Syrien, was wohl ausschlaggebend für die Wende im Krieg war.

Dadurch konnten die Truppen der GNA selbst offensiv werden und Städte im Westen des Landes und südlich von Tripolis zurückerobern. Die Rückeroberung eines großen Militärflughafens war dabei der jüngste Erfolg. Dies hat zudem dazu geführt, dass die Türkei nun eine festere militärische Präsenz als bisher aufbauen kann. Zudem kann die Türkei die GNA Truppen jetzt komfortabel aus der Luft unterstützen und damit die fast vollständige Lufthoheit Haftars Truppen brechen.

Die Militärallianz der Regierung Haftars droht aufgrund dieser Rückschläge zu zerbrechen, da es nämlich in Libyen auf keiner Seite eine zentral strukturierte Armee gibt. Vielmehr gibt es lokale Milizen, die vor allem ihre eigene Macht im Auge haben und deshalb leicht die Seiten wechseln können. In den von der GNA eroberten westlichen Städten haben die lokalen Milizen, vorher noch auf Haftars Seite, bereits der GNA die Treue geschworen.

Doch nicht nur die lokale Unterstützung Haftars bröckelt. Russland, welches bislang Haftar unterstützte, hat seine Militärberater\_Innen und militärisches Gerät, wie z.B. Flugabwehrraketen aus der Frontnähe in den Osten des Landes abgezogen. Russland scheint also zumindest die Hoffnung auf eine baldige Offensive zur Rückeroberung der verlorenen Gebiete zu bezweifeln. Auch von Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emiraten hört man bisher zur Unterstützung der LNA wenig. Dabei hatte Ägypten bei einer Ausweitung des Krieges durch die Türkei vor einigen Monaten noch mit dem Einsatz von Bodentruppen gedroht.

Hunderte Menschen haben in dem letzten Jahr der Kämpfe den Tod gefunden. 200.000 wurden gezwungen, ihre Häuser zu verlassen.



## **Die Lage von Flüchtenden**

Das subsaharische Afrika ist von völliger Verarmung, Rechtlosigkeit und Kriegen geprägt. Deshalb fliehen viele Menschen, um Arbeit in Europa zu finden. Lange Zeit diente der Diktator al-Gaddafi der EU als gutbezahlter Türsteher der Festung Europa. Nach dem Sturz Gaddafis nutzen nun viele Flüchtende das entstandene Chaos, um in Libyen zu versuchen, illegal nach Europa überzusetzen. Dabei müssen sie sich in die Hände von skrupellosen Schleppern begeben. Oftmals werden sie vergewaltigt und/oder geraten in die Hände von Menschenhändlern, die sie versklaven. In Libyen wartet eine Regierung auf sie, die sich von der EU bezahlen lässt, mit militärischer Gewalt das Übersetzen von Flüchtlingen zu verhindern. Viele Boote werden sogar noch außerhalb der libyschen Gewässer zur Rückkehr gezwungen. Menschen auf der Flucht werden gefangen genommen und interniert. Dort warten jahrelange Inhaftierung unter erbärmlichen Bedingungen auf sie. Zudem sind Folter und Missbrauch an der Tagesordnung, sodass nicht wenige durch Selbstmord diesem Schrecken entfliehen.

## **Forderungen**

Klar ist für uns als Kommunist\_Innen, dass das Land in ein solches Chaos abgedriftet ist, weil die Revolution zwar das diktatorische Regime von Gaddafi gestürzt hat, die Eigentumsfrage aber unangetastet ließ. Wie viele Revolutionen im sogenannten „Arabischen Frühling“ hatten auch die

Bewegungen in Libyen große Potentiale, eine neue Gesellschaft aufzubauen.  
Ihr  
trauriges Schicksal erinnert an die ägyptischen oder syrischen Aufstände, in  
denen ebenfalls die Arbeiter\_innenklasse nicht die programmatische Führung  
über  
die Widerstandsbewegungen übernahm und somit den Weg für neue  
machthungrige  
Cliques frei machte statt ihr objektives Interesse an allgemeiner  
Emanzipation  
zu verfolgen. Ähnliche Fragen stellen sich heute auch für die aufständischen  
Bewegungen im Libanon oder im Irak.

Keine der in Libyen momentan befehlenden Milizen oder  
Milizverbände hat ein Interesse daran, Verbesserungen für die lokale  
Bevölkerung einzuführen. Letztlich geht es nur darum, welche  
kapitalistischen  
Cliques und hinter ihnen stehenden Mächte die Kontrolle über das Land,  
bzw. die  
Ölreserven des Landes, bekommen.

Wir als Vertreter\_Innen der Arbeiter\_Innenklasse vertreten  
eine ganz andere Position: Wir treten für eine Bewegung der Arbeiter\_Innen  
und  
Bäuer\_Innen ein, die Schluss macht mit Fremdherrschaft und Ausbeutung.

Um das zu erreichen, müssen wir für folgenden grundlegenden  
Forderungen kämpfen:

- Für Versammlungsfreiheit,  
Pressefreiheit und Organisationsfreiheit
- Regionalmächte und  
Imperialisten raus aus Libyen. Keine Kriegsunterstützung für  
bürgerliche  
Milizen!
- Entwaffnet und zerschlagt  
die Milizen, die das Land seit 2011 ins Chaos getrieben haben!

- Für eine Enteignung des Großgrundbesitzes. Das Land muss denen gehören, die es bestellen!
  - Für eine Vergesellschaftung der Industrie. Die Wirtschaft soll nach einem Plan der Produzent\_Innen und Konsument\_Innen reorganisiert werden!
  - Keine Folter und Internierung von Geflüchteten. Jeder Mensch, der Libyen nach Europa verlassen will, soll dies ohne Einschränkung tun können!
  - Für den Aufbau einer revolutionären Partei unter deren Banner die Unterdrückten sich sammeln, bewaffnen und kämpfen können!
  - Für ein sozialistische Föderation der Staaten Nordafrikas!
- 

## **Wie kann ich den #Schulboykott an meiner Schule organisieren?**

Das Virus ist lange nicht besiegt, aber die Schulen werden wieder geöffnet, damit die Eltern wieder Mehrwert für das Kapital erwirtschaften können. Du findest das unverantwortlich und scheiße? Wir auch. Du weißt aber, dass es Stress gibt, wenn du einfach so zu Hause bleibst und das allein auch kaum etwas bringt? Wir auch. Du fragst dich, was du tun musst, damit du einen erfolgreichen Boykott an deine Schule tragen

kannst? Das wollen wir hier beantworten.

### **Schritt 0: Erstmal in die Schule gehen.**

Klingt paradox, ist auch nicht immer notwendig, aber: Wenn du noch alleine bist, höchstens ein, zwei Freund\_Innen hast, die dabei wären, dann solltet ihr vielleicht doch in den ersten Tagen noch einmal in die Schule gehen. Denn ihr müsst Leute um euch sammeln! Führt in den Pausen Diskussionen, findet raus was die anderen ankotzt, überzeugt sie mitzumachen.

### **Schritt 1: Kompliz\_innen finden, Aufmerksamkeit erregen.**

Individuell und vereinzelt ist kaum jemand weit gekommen. Um euch zu vernetzen und kollektiv zu organisieren, solltet ihr ein Streikkomitee an eurer Schule gründen. Darin könnt ihr eure weiteren Aktivitäten demokratisch planen. Aktivitätsformen gibt es dann viele: Ihr könnt ein Transpi dropen, Plakate kleben, Flyer fliegen lassen, ihr könnt mit Sprühkreide o.ä. auf euch aufmerksam machen. Ihr könnt einen offenen Brief an den Senat oder an die Schüler\_Innenvertretung schicken. Es kann ebenso lohnen, sich an die Presse zu wenden. Man kann eine Presseerklärung schreiben oder Interviews führen, es gibt auch linkere Tageszeitungen wie die „Junge Welt“ oder „Neues Deutschland“, die sich vielleicht schneller interessieren lassen. Checkt auch aus, was es online für Möglichkeiten gibt: Welche Telegram-Gruppen existieren an der Schule? Sind alle auf Instagram unterwegs? Gibt es eine Schulseite, an die man etwas posten kann und alle kriegen es mit? Beschränkt euch aber nicht nur auf das Internet, denn die

Leute

müssen auch wissen, dass es euch um praktische Maßnahmen geht.

## **Schritt 2: Vernetzen!**

Erst einmal: Ihr seid

nicht die einzige Schule in eurem Ort, wahrscheinlich gibt's hunderte mehr, an

denen überall das gleiche Problem besteht. Nehmt Kontakt auf, streikt gemeinsam, dann seid ihr auch hundertmal mehr auf der Straße.

Als Schüler\_Innen sind

wir aber auch nicht die einzigen, die von der verfrühten Schulöffnung betroffen

sind. Insbesondere die Gesundheit der Lehrer\_Innen, aber auch von Eltern, Großeltern, generell von allen wird aufs Spiel gesetzt, wenn sich das Virus wieder schneller ausbreitet. Holen wir sie also in den Kampf dazu. In der GEW

(Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) sind viele Lehrer\_Innen gewerkschaftlich organisiert, auf diese Weise kann man sie also kollektiv ansprechen. Auch andere Gewerkschaften wie ver.di oder der DGB sind gute Adressatinnen wie auch die politischen Parteien, die darin dominieren, also SPD

und Linkspartei. Vergesst aber nicht, dass alle davon einer verräterischen Leitung

unterstehen, die schon oft genug unsere Interessen und die ihrer eigenen Basis

in den Wind geworfen haben. Immerhin haben wir die Schulöffnung selbst zu einem

großen Teil der SPD-Führung zu verdanken.

## **Schritt 3: Streik!**

Es ist wichtig, dass ihr

dem Streik ein Programm gebt und eure Aktion um konkrete Forderungen herum

mobilisiert. Was genau sind die Verbesserungen, die ihr wollt? Und wie könnte man diese umsetzen?

Dabei wird auch eine andere Sache immer notwendiger in dieser Zeit: Klare Kante gegen Rechts! Organisiert euch um einen antirassistischen und antisexistischen Konsens!

Sobald ihr eine kritische Masse habt, heißt es Streik! Bedenkt, dass der Streik selbst auch eine Zugkraft entwickeln kann. Vielleicht fangt ihr also auch schon mit einer kleineren Zahl an und begeistert die anderen, indem ihr ihnen beweist, dass es euch ernst ist, und dass so ein Boykott tatsächlich machbar ist. Zwar sind Massendemonstrationen derzeit schwierig, kleinere Kundgebungen kann man aber in den meisten Bundesländern anmelden, wenn ihr genug seid, dann macht halt mehrere.

### **Klingt anstrengend?**

Kann es auch sein. Aber es ist schaffbar und man kann damit gewinnen, das hat die Geschichte schon oft genug bewiesen. Falls ihr Unterstützung oder noch weitere Tipps braucht, dann meldet euch bei uns. Wir werden auch in einigen Städten wie Berlin oder Dresden selbst etwas an den Schulen organisieren.